

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis: 1.50 Mark monatlich...
Einzeln: 10 Pfennig

Arbeits

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die erste Spalte...

Telegraphisch:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Mariaplan, Nr. 151 90-151 97.

Sonntag, den 25. März 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Mariaplan, Nr. 151 90-151 97.

Seesperre im nördlichen Eismeer.

Die Zehntageschlacht bei Monastir -
Räumungsgeschehnisse im Westen - Russische
Stellungen südlich des Trotusultales ge-
nommen - Kampf nördlich Wlagyaros.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 24. März
1917. (W. Z. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seitens der von Sonne und Lise spielen sich täglich Geschehnisse
nasser Sicherungen mit Verträgen der Gegner ab, die nach den
blühigen verlustreichen Zusammenstößen nur zögernd vorrückten,
vielfach schlangen und in ihrer Bewegungsfreiheit durch die von
und getroffenen Maßnahmen stark behindert sind.

Gestern griffen die Franzosen unsere Posten westlich La Fère,
längs der Ailette-Riederung und bei Reuville und Margival an;
sie sind überall zurückgewiesen worden.

In der Champagne gelang es unseren Erkundungstruppen, an
mehreren Stellen der Front Gefangene aus den französischen
Linien zu holen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz
Lepold von Bayern.

Nach Feindvorbereitung bei Smorgon, Baranowitschi und am
Stodob vorbringende Aufklärungsbattalions der Russen wurden
vertrieben. Südwestlich von Dünaburg ist ein feindliches Flug-
zeug, am Dnyowsky-See ein Festballon von unseren Fliegern
abgeschossen worden.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph

Wirksames Feuer von Artillerie und Minenwerfern leitete
Angriffe ein, bei denen unsere Truppen südlich des Trotusultales
die russischen Stellungen auf dem Grenzsaum zwischen Solsymtar
und Gadowostel im Sturm nahmen und 500 Gefangene ein-
brachten.

Süd darauf einsehende Vorhölle der Russen nördlich des
Wlagyaros sind gescheitert.

Gezetzgruppe des Generalfeldmarschalls
von Radensen.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Die Kämpfe zwischen Ohrida- und Prespa-See und bei
Monastir scheinen einen vorläufigen Abschluß gefunden zu haben.

Vom 12. bis zum 21. 3. wiederholten sich täglich die An-
griffe der Franzosen, die dazu beträchtliche Teile ihrer 76., 156.
und 57. Division sowie mehrere Kolonialregimenter eingesetzt
haben. Am 15. und 18. 3. vom Feinde erzwungener Gelände-

gewinn wurde durch unsere Gegenangriffe am 20. und 21. 3.
wettgemacht; die beherrschenden Höhen im Berggelände westlich
und nördlich des Beckens von Monastir, die das Ziel der Fran-
zosen waren, sind fest in unserer Hand.

Die verbündeten Truppen haben in zähem Aushalten in
schwerem Feuer und in kraftvollem Angriff sich vortrefflich be-
währt. Das Zusammenwirken von Infanterie, Artillerie und
Hilfswaffen war nach dem Vorne Wollen sicherer Führung vorbildlich.
Es hat dem Feinde sehr schwere Verluste beigebracht, durch welche
die augenblickliche Ruhe bedingt zu sein scheint.

Die Truppe sieht weiteren Kämpfen voll Vertrauen auf ihr
Können entgegen.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 24. März. Abends.
Keine wesentlichen Ereignisse.

Der österreichische Bericht.

Wien, 24. März 1917. (W. Z. S.) Amtlich wird
verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Gezetzgruppe des Generalfeldmarschalls
von Radensen

Nichts Neues.

Gezetzgruppe des Generalfeldmarschalls
Erzherzog Joseph

Unsere Truppen fanden gestern beiderseits des Gadowost-
Tales in heftigem Kampfe. Nördlich des Tales erkämpften sie
in zwei Kilometer Breite und einsechshundert Meter Tiefe die
feindlichen Gräben auf dem Solsymtar. Ein bald darauf
südlich des Tales einsehender russischer Gegenstoß gegen unsere
Wlagyaros-Stellung brach im Sperrefeuer zusammen; der
Feind rückte in seine Gräben zurück. Die Zahl der ein-
gebrachten Gefangenen beträgt 500. Unsere Verluste sind sehr
gering. - Südöstlich von Dorna Watra stehen unsere Auf-
klärungsbattalions bis zur vierten russischen Linie vor.

Gezetzfront des Generalfeldmarschalls
Prinz Lepold von Bayern.

Nichts zu melden.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes
von Hofer, Feldmarschallsleutnant.

Die Seesperre im Eismeer.

Berlin, 24. März. Amtlich. Den fremden Regie-
rungen ist mitgeteilt worden, daß künftig in dem Gebiet
des nördlichen Eismees östlich des 24. Grad östlicher
Länge und südlich des 75. Grad nördlicher Breite mit Aus-
nahme der norwegischen Hoheitsgewässer
jedem Seeverkehr ohne weiteres mit allen
Waffen entgegengetreten werden wird. Neutrale
Schiffe, die dieses Gebiet befahren, tun dies auf eigene Ge-
fahr; jedoch ist Vorwarnung getroffen, daß neutrale Schiffe, die
schon auf der Fahrt nach Häfen dieses Sperrgebietes sind oder
solche Häfen verlassen wollen, bis zum 5. April nicht
ohne besondere Warnung angegriffen werden.

Der Rat

der Arbeiter und Soldaten.

Verhandlungen mit der Regierung.

Amsterdam, 24. März. Der Korrespondent der
„Times“ meldet aus Petersburg vom Mittwoch: Seit gestern
hat sich die Lage in Petersburg beträchtlich gebessert. Der
Korrespondent besuchte im Laufe des Nachmittags Gutsch-
kow im Kriegsministerium. Aus seinen Worten war zu
entnehmen, daß die Verhandlungen zwischen der Regierung
und dem Komitee von Arbeiter- und Soldatenabgeordneten
gute Fortschritte machen. Es ist eine schwierige und verant-
wortungsvolle Aufgabe, zu einem Verzicht zu kommen, durch
den sowohl die Ordnung in der Stadt wiederhergestellt
als auch die Disziplin unter den Truppen bewahrt
wird.

Der Vertreter der Duma General Potapow hat sich
das Vertrauen des Komitees der Arbeiter- und Soldaten-
abgeordneten zu erwerben gesucht. Seinem Einfluß ist es zu
danken, daß das Komitee schließlich darin willigte, einen
Auftrag an die Armeen an der Front zu erteilen, in
dem Offiziere und Mannschaften aufgefor-
dert werden, Schützen an Schützen dem gemein-
samen Feinde Widerstand zu leisten.

Der Vollzugsausschuß dieser Abgeordneten, der die Pro-
klamation zunächst mit Gutschkow aufsetzte, teilte den Armeen
an der Front zugleich mit, daß die Befehle Nr. 1 und 2 über
die Disziplin und Organisation der Truppen nur auf die
Petersburger Garnison Bezug hätten. Kommissare der Duma
sind zu den verschiedenen Armeen an der Front abgereist.
Man kann erwarten, daß mit ihrer Hilfe die bewaffnete Macht
Ruhlands vor Schwäche bewahrt werden wird.

Nach dem „Allgemeinen Handelsblatt“ meldet der Korre-
spondent des „Daily Chronicle“, Harold William, aus Peters-
burg vom Freitag: Das Kriegsministerium ist mit einem
Entwurf eines freieren Systems von Disziplin beschäftigt, das
Ähnlichkeit mit dem in der französischen Armee herrschenden
haben wird. Man hofft, durch diese neue Bestimmung dem
Einfluß der extremistischen Agitatoren zu begegnen.

Stockholm, 24. März. Nach privaten Petersburger Mel-
dungen ist die Stellung der Truppen trotz der Tätigkeit
Gutschkows, der am 16. März alle Kasernen besuchte
und strenge Maßnahmen für die Aufrechterhaltung der
Mannesucht anordnete, noch keineswegs geklärt. Die von
den aufständischen Truppen in den ersten Tagen gewählten
Bataillionsausschüsse erklärten unter Teilnahme der
Arbeiter die sofortige Durchführung des Rechtes der Sol-
daten, ihre Offiziere selbst zu wählen.

Kriegsverweigerer an der russischen
Nordfront.

Amsterdam, 24. März. Der Petersburger Korrespondent
der „Times“ meldet: Der Ministerpräsident Fürst Nowik
teilte russischen Journalisten mit, daß mit Ausnahme
einiger Exzesse an der nördlichen Front sich
alle Armeen loyal verhalten hätten und fester als
je entschlossen seien, den Deutschen einen ent-
scheidenden Schlag zu verleihen. Der Korrespondent
wohnte gestern Abend einer Versammlung von Ratlosen im
Kriegsministerium bei. Es waren auch zahlreiche Offiziere
anwesend. Aus den Reden, die gehalten wurden, sprach Be-
geisterung und Treue gegenüber der neuen Regierung.

Rußland und wir.

Im Laufe eines halben Jahrhunderts hat deutsche
Waffengewalt der bürgerlichen Freiheit in West und Ost
Bahn gebrochen. Was 1870 in Frankreich geschah, wiederholt
sich 1917 in Rußland. Und wie die deutsche Sozial-
demokratie vor 47 Jahren mitten im Krieg die junge
französische Republik freudig begrüßte, so jubelt sie heute
über den Sturz des Zaren. Ein Kriegsziel der deut-
schen Sozialdemokratie ist damit erreicht.

Das Rußland, gegen das wir jetzt noch zu kämpfen
haben, ist ein anderes als jenes, mit dem der Krieg begann.
Jetzt steht uns im Osten nicht mehr der Zarismus, jetzt steht
uns - heute noch als Gegner, später vielleicht als Freund
und Bundesgenosse einer friedlichen Zukunft - ein
großes Volk gegenüber, das wir nie gehaßt haben. Kein
Regiment vor uns verhaßt als das des Zaren, kein Volk
stand aber unserem Herzen näher als das russische, da es sich
gegen den Zaren erhob. „Tua res agitur!“ „Um deine
eigene Sache geht's!“ sagte einst ein deutscher Justiz-
minister, als er vor dem preussischen Landtag den Königs-
berger Hochverratsprozeß gegen die deutschen Helfer der
russischen Revolution zu rechtfertigen suchte. Und so waren
auch wir gewohnt, zu den russischen Sozialdemokraten zu
sagen: Eure Sache ist auch unsere Sache, und eure Verdien-
te und Opfer sind nicht nur für Rußland, sondern für die ganze
Welt gebracht.

Heute aber, da das Ungeheure geschehen ist, und Ruß-
land von der Welt durch den russischen Revolutionarismus
abgespalten, heute stehen sich Rußen und Deutsche mit blinder
Waffe als Feinde gegenüber, als Feinde, aber ohne Haß.
Der zwangsläufige Mechanismus des Krieges läßt sein Ver-
nichtungswort weiter, als ob sich Verhältnisse, Dufen und
Fühlen nicht gänzlich geändert hätten, und hilflos offen-
barte sich vor uns nicht der Sinn des Krieges, aber sein
direktes Gegenteil.

Wie lange noch?
Russische Augen treffen deutsche Soldatenleiber gleich
schmerzlich, ob sie mit einer Zarenkrone oder eine Zofen-
mütze gezieret sind; wo geschossen wird, wird auch zurück-
geschossen, das ist eine brutale Selbstverständlichkeit. Aber
in dem Augenblick, da in Rußland bürgerliche Eroberungs-
lust und proletarischer Friedenswille um die
Herrschaft ringen, darf man sich auf die Feststellung dieser
Selbstverständlichkeit nicht beschränken.

Eine Schicksalsfrage ist gekommen für die deutsche
austwärtige und für die deutsche innere Politik.
Heute hat Rußland ein Recht darauf zu erfahren, ob es
einem Deutschland gegenübersteht, das erobern will, oder
einem Deutschland, das bereit ist, Frieden zu schließen, indem
es fremde Rechte achtet. Jetzt muß daran erinnert
werden, daß es schon in der erklärenden Note zum deutschen
Friedensangebot am 12. Januar geheißen hatte:

Deutschland und seine Bundesgenossen haben einen ehrlichen
Versuch gemacht, den Krieg zu beenden und eine Verständigung
der kämpfenden anzubahnen. Die kaiserliche Regierung stellt fest,
daß es lediglich von dem Entschluß ihrer Gegner abhängt, ob der Weg
zum Frieden betreten werden sollte oder nicht. Die feindlichen Re-
gierungen haben es abgelehnt, diesen Weg zu gehen, auf sie fällt
die volle Verantwortung für den Fortgang des Blutvergießens. Die
vier verbündeten Mächte aber werden den Kampf in ruhiger Zu-
berheit und im Vertrauen auf ihr gutes Recht weiterführen bis
ein Friede erritten ist, der ihren eigenen Willen (Ehre, Dasein
und Entwicklungsfreiheit verbürgt, allen Staaten des europäischen
Kontinents aber die Wohltat schenkt, in gegenseitiger Achtung und
Gleichberechtigung gemeinsam an der Lösung der großen Kultur-
probleme zu arbeiten.

Jetzt muß auch daran erinnert werden, daß der unga-
rische Ministerpräsident Graf Tisza in der letzten Zeit dreimal
im ungarischen Abgeordnetenhaus erklärte, Oesterreich-
Ungarn werde diesen Krieg nur so lange weiterführen, als
dies zu seiner Verteidigung notwendig sei, keine Minute
länger.

Und hier es nicht schon zu Beginn des Krieges: „Un-
treibt nicht Eroberungslust?“

Heute muß ganz klar gesagt werden, ob das alles gut
oder nicht! Schweigen ist in der großen Politik zu Zeiten
Angebot, zu Zeiten - Verhängnis!

Sagen wir dem russischen Volk, daß es den Frieden haben
kann, wenn es ihn haben will und daß wir uns nicht gegen-
seitig zur Weitersführung des Krieges zwingen sollen durch
Forderungen, die gegen Ehre, Dasein und Entwid-
lungsfreiheit eines der beiden Völker verstoßen.

Unsere gegenwärtige Haltung entscheidet über unser Ver-
hältnis zu Rußland nicht nur für die Dauer dieses Krieges,
sondern für Jahrzehnte über sie hinaus! Wenn
das 140 Millionen Volk des Ostens nicht bald aufhört, unter
Feind zu sein, bleibt es unser Feind für Menschenalter. Sollen
wir unsere Nachkommen mit dieser Erbchaft belasten, ohne
zu wissen, was wir ihnen als sichere Gegenleistung dafür zu
bieten haben? Nein, wir dürfen nicht für höchst zweifelhaft

Berie, die in der Zukunft ruhen, die Möglichkeiten des Augenblicks veräumen. Jetzt muß gesprochen werden, und zwar in einer Sprache, die jede Zweideutigkeit ausschließt!

Dauert der Krieg noch lange fort, dann stehen wir vor einem veränderten Bild. Wir kämpfen dann nicht mehr gegen den Jarrismus und seine Verbündeten, sondern gegen eine Allianz der demokratisch regierten Völker der Welt, die behauptet, in Deutschland das letzte Bollwerk der Reaktion niederreißen zu wollen. Es ist überflüssig zu sagen, daß kein Teil des deutschen Volkes eine Befreiung durch diese Allianz will, und daß jeder Nüchterne die Schwäche des konstruierten Gegentages erkennt. Aber kein Staatsmann sollte sich darüber täuschen, daß in dieser Gegenüberstellung eine suggestive Kraft steckt. Es wird klarer denn je, daß in den Zuständen, die wir Sozialdemokraten bekämpfen, nicht, wie ihre Verteidiger sagen, eine Stärke, sondern daß in ihnen eine Schwäche liegt. Wer diese Schwäche erhalten will, mag sich so national dünken wie er will, er hat keinen Blick für wirkliche nationale Notwendigkeiten.

Einer bestimmten Richtung in der deutschen Politik genügt es aber einmal, den leitenden Staatsmann durch jähredhafte Andeutungen „innerer Kämpfe“ von der Erfüllung nationaler Notwendigkeiten abzuhalten. (Sie geht so auf darauf aus, die russische Revolution zu entgegenzusetzen.) Die russische Revolution in Deutschland zu fruchtbar zu machen, ist die Aufgabe der Sozialdemokratie. Anders löst sich der Versuch gar nicht, aus der Stellungnahme der deutschen Sozialdemokratie Drohungen herauszulesen, die niemand ausgesprochen hat, und an deren Gehaltlosigkeit kein Mensch glaubt. Deutschland ist nicht Rußland, aus hundert Gründen nicht, vor allem schon nicht aus dem einen, daß es um so viel kleiner ist. Rußland ist groß, und die Front ist weit. Wir aber in unserem engen Raum stehen sozusagen alle vor dem Feind, und niemand in Deutschland denkt daran, ihm sein Werk zu erleichtern.

Dennoch soll der russische Revolutionskrieg dazu herhalten, den deutschen Staatsmann, vor den einstweilen doch nur Versprechungen gespannt sind, zurückzuschieben. Und logisch, wie die Leute nun einmal sind, rufen sie nach deutschen Stürmern und Protopopows. Sie meinen damit, ihren Lande zu dienen, leider sehen sie, wenn sie vom Lande sprechen, nur sich selbst, und außerdem dienen sie ihren eigenen Interessen mit so zweckwidrigen Mitteln, daß man sie am besten unter politische Kuratel stellt.

Es ist eine Schicksalsstunde auch für die deutsche innere Politik! Es gibt kein Stillstehen, sondern nur ein Vormwärts oder ein Rückwärts. Verjüngnisse von heute mögen nicht im Augenblick ihre schweren Folgen zeigen, sie werden sich aber desto gewisser später aufs bitterste rächen.

Die Welt geht vorwärts. Deutschland muß mit! Eine innere und äußere Politik der Stärke können wir nur führen, wenn die politischen Rechte der Gesamtheit des Volkes in allen seinen Schichten, auch in seinen breiten Massen, voll berechtigte und freudige Mitwirkung an der staatlichen Arbeit ermöglichen. „Wehe dem Staatsmann, der die Zeichen der Zeit nicht erkennt!“

So Herr v. Bethmann am 14. März im preussischen Abgeordnetenhause. Und während er sprach, entstand das freie Rußland!

Amerika gegen Kriegserklärung?

Bern, 24. März. (W. Z. B.) Nach New Yorker Meldungen sind Wilson und das Kabinett gegen eine Kriegserklärung an Deutschland. Der Kongreß der Vereinigten Staaten wird voraussichtlich den Kriegszustand als bestehend anerkennen. Der Eintritt in den Krieg in weitestgehendem Sinne wird indes von weiteren feindlichen Handlungen Deutschlands abhängen.

New York, 24. März. Die „Evening Post“ meldet, Wilson erlangte die Mehrheit im Kongreß in der Angelegenheit der Maßnahmen zum Schutz der Handelschiffahrt, aber er rief auf starke Opposition bei den Fragen der Entsendung von Truppen nach Europa und des militärischen Zwangsdiens.

Washington, 23. März. Associated Press erfährt, daß die Regierung für den Fall, daß der Kongreß erklärt, daß ein Kriegszustand besteht, eine sofortige kräftige Aktion vorbereitet. Einer der ersten Schritte, der geplant wird, ist die Versorgung der Entente mit Geld. Auch für die Beschleunigung der Munitionserzeugung werden Vorbereitungen getroffen. Die Regierung beschloß, die Schritte zu unternehmen, die die Lage erfordert, darunter die Vorbereitung einer wirksamen aggressiven Kriegsführung und Maßregeln zum Schutze der Schiffahrt.

Es verlaniet, daß noch unentschieden ist, ob die Entsendung einer militärischen Streitmacht nach Europa vorgeschlagen werden wird, aber die Armee, die Flotte und die industriellen Hilfsquellen der Nation sind auf alle Anforderungen vorbereitet.

Erste Kriegshandlung der Vereinigten Staaten.

Der Kongreß soll erklären, daß sich die Vereinigten Staaten mit Deutschland bereits im Kriegszustande befinden, und soll selbst die erste Attacke gegen den neuen Feind reiten. Zwar wird den würdigen Senatoren und Repräsentanten des Volkes nicht zugemutet, selbst aufs hohe Ross zu steigen, sie sollen nur den Verbündeten eine Milliarde Dollar als Kredit bewilligen.

Dieser Kredit kann entweder die Form einer kurzfristigen Anleihe haben, die nur billiger und größer ist, als die bisher erlangten, weil sie unter Bürgschaft der Vereinigten Staaten steht; oder der Kredit kann in der Gewährung eines zinsfreien und provisionsfreien, aber rückzahlpflichtigen Vorschusses bestehen; oder der Kredit ist überhaupt kein Kredit, sondern ein freigeschicktes Geschenk. Der „World“ verlangt ausdrücklich, daß die Vereinigten Staaten mit goldgefüllter Hand ihren Beitritt zum Weltbunde zu Deutschlands Vernichtung vollziehen.

Angesichts der ungeheuren Kosten an Gut und Blut scheint auch ein so riesenhaftes Geschenk wie eine Milliarde Dollars eine lächerliche Kleinigkeit. Mit Unrecht, die Panfles werden nicht aufhören, die Alliierten auszubenten, auch wenn sie jetzt in der Rolle des Gebelehnten, aus dem Vollen schöpfenden Gebenkels erscheinen. Aber ebenso sicher ist, daß, nachdem sich einmal die nordamerikanische Regierung mit dem Feindverband identifiziert hat, sie alles versuchen wird, um den Feindverband auch siegen zu lassen.

Die Vereinigten Staaten machen zwar Geschenke, aber sie verschonen nicht. Die Kredite, die sie den Alliierten eröffnen, die geschenkten Gelder, die sie ihnen zur Verfügung stellen, befruchten nicht die englische oder französische Volkswirtschaft — mag auch der Kurs von Sterling und Frank aus ihnen Nutzen ziehen —, sondern dienen zu Einläufen in den Vereinigten Staaten. Der amerikanische Staat nimmt Verpflichtungen zugunsten der Alliierten auf sich; aber die aus diesen Verpflichtungen stichenden Gelder bleiben der amerikanischen Volkswirtschaft erhalten. Die großen Gewinner sind die amerikanischen Banken und Industriellen, die einen sicheren Bürgen — den eigenen Staat — für ihre riesigen Guthaben in allen Verbändeländern gewinnen und von der lähmenden Furcht um die Einlösbarkeit der fremden Schatzwechsel mit einem Aufschlag befreit sind.

Ein Vorschlag Mexikos zur Kriegsverhinderung.

New York, 19. März. (Zusammenfassung des Berichts von W. Z. B., verspätet eingetroffen.) Associated Press meldet aus Mexiko: Die mexikanische Regierung hat an die Vereinigten Staaten folgende neue Note gerichtet: Mit Bezug auf die Antwort der Vereinigten Staaten auf die Note, die General Carranza an die Regierungen der neutralen Staaten im Interesse des Friedens gerichtet hat, schlägt die mexikanische Regierung ein Zusammenarbeiten vor, um zu verhindern, daß Länder unseres Erdteiles an dem europäischen Kriege teilnehmen und sie wird ihre Anstrengungen zur Herbeiführung des Friedens in Europa fortsetzen.

New York, 20. März. (Zusammenfassung vom Vertreter des W. Z. B., verspätet eingetroffen.) Associated Press meldet aus Washington: Das Staatsdepartement veröffentlicht die Note an Carranza, in der der Vorschlag abgelehnt wird, daß die Neutralen durch Ausfuhrverbot von Material an die Kriegführenden Europa zum Frieden zwingen sollten.

Die Weigerung wird damit begründet, daß gegenwärtig offenbar keine Hoffnung auf Frieden bestehe, was durch das Nüchtern der Anstrengungen Wilsons und durch Deutschlands Verweigerung, sich mit Mexiko und Japan mit Amerika in einen Krieg zu verwickeln. Außerdem sei man der Ansicht, daß jede Einschränkung des Handels mit den Kriegführenden unneutral wäre.

Die Note beruft sich zu diesem Punkte, wie üblich, auf die „gesunden Prinzipien des Völkerrechts“ und den „hergebrachten Brauch der Nationen“. Ob besagte Prinzipien auch bei einseitiger Anwendung „gesund“ bleiben, auf solche spitzfindige Fragen hat der Präsident sich in dieser Sache nie eingelassen. Der Waffentlieferant hält sie für „gesund“ und das genügt. Der kapitalistische Profit hat unbegrenzte Möglichkeiten, gesund zu sein.

Die Ausschaltung der Großfürsten

Der „Times“-Korrespondent meldet vom Mittwoch: Man erwartet, daß alle Großfürsten ihre militärischen Ämter niederlegen werden, da sie die Regierung nicht in Schwierigkeiten stürzen wollen. Großfürst Kryll ist bereits mit gutem Beispiel vorgegangen. Die Generalinspektoren der Artillerie, Kavallerie und des Fliegerkorps werden ohne Zweifel seinem Beispiel folgen. Großfürst Nikolai Nikolajewitsch kommt binnen kurzem nach Petersburg zu dem gleichen Zweck. General Alexejew wird wahrscheinlich Generalissimus werden.

Kopenhagen, 28. März. Aus Petersburg wird gemeldet: Großfürst Nikolai verabschiedete sich feierlich von den Truppen und der Zivilbevölkerung im Kaukasus. Er hielt eine Ansprache, in der er an alle die Aufforderung richtete, einig zusammenzutreten in der Arbeit für den Sieg über den Feind und für die Befestigung der Freiheit des Landes. Die Ankunft des Großfürsten in Petersburg wird für die nächste Zeit erwartet.

Bern, 23. März. Nach einer Meldung des „Cyrex de Lyon“ aus Petersburg hat Großfürst Kryll das Kommando der Marinegarde niedergelegt.

Es ist wohl anzunehmen, daß der Amtsabgabe des Großfürsten Nikolais die Verhaftung folgen wird.

Republikanische Offiziere der russischen Armee.

Bern, 24. März. „Petit Parisien“ meldet aus Petersburg, daß sich ein Verband der republikanischen Offiziere gebildet habe.

Die Anerkennung der vorläufigen Regierung.

Petersburg, 22. März. (Meldung der Petersburger Telegraphen Agentur.) Die Botschafter Englands, Frankreichs, der Vereinigten Staaten und Italiens übermittelten heute dem Minister des Aeußern gemeinsam die amtliche Anerkennung der provisorischen russischen Regierung durch ihre Regierungen und baten um Festlegung eines Tages, an dem sie die Mitteilung der Anerkennung feierlich wiederholen könnten.

Bern, 23. März. Der Petersburger Berichterstatter des „Tamps“ meldet, der Vorsitzende des Progressistenblocks im Reichsrat, Rasomajsky, habe den Ministerpräsidenten Fürsten Drowoff davon benachrichtigt, daß alle Mitglieder des Progressistenblocks sich der neuen Regierung zur Verfügung stellen. Die Reichhardtgruppe habe eine entsprechende Erklärung abgegeben. Man frage sich in Petersburg, ob das Oberhaus nach dem Sturze des alten Regimes beibehalten werden solle.

Finnland will Autonomie.

Stockholm, 24. März. Sämtliche Parteien Finnlands verlangen die Ausschließung der Neuordnung der Wehrpflicht auf die Zeit nach Beendigung des Krieges. Die finnische Sozialdemokratie, welder früher die Teilnahme an einer Koalitionsregierung grundsätzlich ablehnte, schloß bereit, dem Zustandekommen eines aus Vertretern aller Parteien zusammengesetzten Senats neue Schwierigkeiten zu bereiten. Der stellvertretende Senat hob die Verordnung über den Gebrauch des Russischen als Amtssprache auf.

Der Gedanke der Forderung internationaler Bürgerschaften für die kaatliche Zukunft Finnlands findet bereits allgemeinen Anhang. In Tornea verließ der Kommandowechsel und die Verteidigung der russischen Grenztruppen ohne Zwischenfall.

Nach der Revolution von 1905 stand Finnland ebenfalls im glänzenden Zeichen der Freiheit. Das finnische Volk hatte, mit den Arbeitern an der Spitze, sich der russischen Revolution angeschlossen und erkämpfte eine Verfassung, die zu der freiesten der Welt gehörte: Einkammeriges mit allgemeinem, gleichem und geheime Wahlrecht, auch für Frauen. Der erste hiernach gewählte Landtag trat am 15. März 1907 zusammen. Er kam aber nie dazu, das Finnland versprochene freie Recht auszuüben. Der Zar brach den Eid, womit er die Verfassung beschworen hatte und löste in „Ungnade“ den Landtag auf, sobald er die Interessen des Volkes zu wahren versuchte. Und dann wurde das Land der Unterdrückung um das Freiheitskämpfende finnische Volk vom Jaren und seinen Mit Helfern immer härter zugezogen.

Im Jahre 1908 nahm die Duma auf Stolypins Veranlassung einen Antrag an, demzufolge der finnische Landtag sich nur noch mit kleineren Fragen rein lokalen Interesses beschäftigen durfte, und seitdem hat Finnland in einem ständigen Konflikt mit dem russischen Regime gestanden. Dieser Konflikt, der unter der achtjährigen Herrschaft des nunmehr verhafteten Generalgouverneurs Seyn gewaltig verhärtet wurde, führte zu großen Massenarrestierungen finnischer Richter und anderer Beamten, darunter des Präsidenten des Landtags, Edwin Jusupow.

Wird die neue russische Regierung alle ihre Verpflichtungen auf Wiedereinsetzung des Landes in alle seine, vom Jarrismus gewaltsam beseitigten Rechte halten können? Werden sie eingehalten, so könnte Finnland, dessen Landtag bereits eine sozialdemokratische Mehrheit besitzt, das erste Land der Welt mit einer sozialdemokratischen Regierung werden.

Wie der Zar abdanken mußte.

Ueber die letzten Jarenstunden Nikolais II. erzählt laut „B. Z.“ der General Ruffin in der „Russkaja Wolga“:

Der Zar kam in Pskow am 14. abends 8 Uhr, an. Der von den Ereignissen bereits unterrichtete Zar schien sehr aufgeregt. Um 2 Uhr nachts rief er Ruffin und sagte ihm: „Ich bin entschlossen, Zugeständnisse zu machen und eine verantwortliche Regierung zu geben. Was halten Sie davon?“ Bereits lag auch auf dem Tische des Jaren ein schon gezeichnete Erlaß, der eine bewachtwortliche Regierung einsetzte. Ruffin, der wohl wünschte, daß die Nachgiebigkeit zu spät kam, schlug vor, mit dem Dumapräsidenten Rodjansko in Verbindung zu treten. Eine telegraphische Unterredung begann, die bis 3 Uhr morgens dauerte. Rodjansko erklärte, die Abdankung sei der einzige Ausweg. Um 10 Uhr morgens erließen Ruffin mit seinem Generalstabschef Danilo beim Jaren. Ein paar Minuten vorher hatte er Telegramme der Generale Brussilow und Gwert erhalten, die ebenfalls auf Abdankung bestanden. Nikolais hörte den Bericht Ruffins leichenblau an. Dann erklärte er ruhig, er sei bereit, auf den Thron zu verzichten, wünsche aber, daß dies in Gegenwart Rodjanskos geschehe. Um 3 Uhr nachmittags überreichte der Zar Ruffin ein Telegramm, worin er den Verzicht zugunsten seines Sohnes mitteilte.

Abends um 10 Uhr kamen in Pskow Gutschkow und Schulgin als Vertreter des Exekutivkomitees der Duma an. Der Zar erwartete sie ungeduldig. Gutschkow unterrichtete ihn sofort von den Ereignissen. Besonders tiefen Eindruck machte auf den Jaren, daß auch seine Leibgarde zu den Rebellen übergegangen war.

Ruffins Brief in der „Russkaja Wolga“ schließt: „So unterzeichnete Zar Nikolais im Verlauf von 24 Stunden drei Male. Nachts um 2 Uhr den ersten, der eine verantwortliche Regierung gab, um 8 Uhr nachmittags den Abdankungsverzicht zugunsten seines Sohnes, um 10 Uhr abends die Abdankung zugunsten seines Bruders Michael. Den ganzen Tag hindurch sprach der Zar kein Wort. Er war wie gefesselt. Die unerwartete Revolution hatte ihn geradezu vernichtet. Ganz allein ging er in Erwartung der Dumaabgesandten auf dem Bahnsteig auf und ab, und kein Mensch, weder Soldaten noch Volk, nahm von ihm Notiz. Denn man mußte bereits, daß er den Thron verloren hatte.“

Bern, 23. März. Die französische Presse erfährt aus Petersburg, daß General Jwanoff als einziger verbliebte, das alte Regime zu retten. Er befahl der Garnison von Jaroslawo Selo gegen die Revolutionäre zu marschieren. Die bereits zur Revolution übergetretene Garnison ernannte drei Delegierte, um mit Jwanoff zu verhandeln; dieser ließ sie ohne weiteres verhaften, worauf die Garnison ihn benachrichtigte, daß der Palast in Jaroslawo Selo, wo die Jarm mit den Kindern weilte, zusammengebrochen werden würde, falls die Delegierten nicht unverzüglich freigelassen werden würden. Jwanoff, der seine Sache verloren sah, ergriff die Flucht.

Ein russischer Oberkriegsrat.

Amsterdam, 24. März. Der Korrespondent der „Times“ meldet aus Petersburg: Durch die Abdankung des Jaren ist das Verhältnis zwischen der Front und dem Lande ausgefallen. Nur ein einflussreicher Schiedsrichter wird imstande sein, in schwierigen Fragen zwischen den beiden zu vermitteln. Vermutlich wird ein Komitee der nationalen Verteidigung unter dem Vorsitz des Kriegsministers diese Aufgabe übernehmen. Es wird wahrscheinlich aus Ministern, die direkt mit Armee, Flotte und Versorgungsanfrage zu tun haben, und aus Mitgliedern der beiden Häuser des Parlaments zusammengesetzt sein.

Das wäre dann eine Angliederung an die Kriegsratsorganisationen, die in den westlichen Ententeländern versucht worden sind. Auf diese Weise hofft man vermutlich, es mit Einschluß Rußlands endlich zu einer Form der Kriegsführung zu bringen, die unter dem Namen der Einheitsaktion seit langem erträumt wird.

Protopopow.

Petersburg, 23. März. Neuentdeckung. Es stellt sich immer deutlicher heraus, wie falsch Protopopow den Jaren und seine Ministerkollegen über die Lage berichtet hat. In den Sitzungen des Ministerrates stellte er den Ernst der Bewegung stets in Abrede. Er sagte, sie habe nichts zu bedeuten und außerdem sei die Polizei bis zu den Zähnen bewaffnet. General Sabalow vertoherte dem Jaren, daß mehr als 30 000 Mann mit geschützten Panzerautomobilen bereit stünden, jeden Aufruhr zu unterdrücken. Fürst Solihin und die anderen sahen offenbar erst, als die Versicherungen Protopopows falsch waren. Sie schlossen ihn aus dem Ministerrat aus, aber es war bereits zu spät. Der frühere Polizeipräsident von Petersburg erklärte, daß er niemals Befehl dazu gegeben habe, aus Maschinengewehren von den Dächern zu feuern.

In den Gefängnissen wurde die Prügelstrafe und die Kettenstrafe abgeschafft. Der Petersburger Adel hat sich der neuen Bewegung angeschlossen. Es wird eine Freiheitsanleihe von drei Milliarden Rubel zu fünf Prozent vorbereitet.

Reichstag.

01. Sitzung. Sonnabend, den 24. März. Vormittag 11 Uhr.

Am Bundesratssitz: v. Stein, Dr. Lisco.

Dem Antrage der Gesundheitsordnungskommission, die Genehmigung zur Fortsetzung einer Widerklage gegen den Abg. Behrens nicht zu erteilen, wird entgegen dem Wunsch des Abg. Behrens debattelos zugestimmt.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzesentwurfs, betreffend

Herabsetzung von Mindeststrafen des Militärstrafgesetzbuchs.

Abg. Reichsminister v. Stein:

Die meisten Gerichtsherrn haben es dringlichst empfohlen, daß sie an die Mindeststrafen gebunden seien. (Hört! hört! links.) Ich nehme keinen Anstand zu erklären, wo sich mir die geringste Handhabe bot, in einzelnen Fällen auf disziplinarischem Wege vorzugehen, habe ich es getan. Das Gesetzbuch bietet auch bei Herabsetzung der Mindeststrafen noch die Gewähr, daß der unbedingt notwendigen Disziplin aufrechterhalten werden kann. Das Bedürfnis zu diesem Entwürfe ist daher in erster Linie hervorgegangen aus den Erfahrungen des Krieges selbst. Daß der Entwurf noch während des Krieges Gesetz wird, darauf müßten wir bestehen, und ich bitte Sie, den Entwurf bald in Kraft treten zu lassen.

Abg. Behrens (Z.): Wir wünschen, daß die Herabsetzung der Mindeststrafen mit möglicher Beschleunigung in Kraft tritt. Trotzdem ist eine Kommission überaus notwendig; meine Freunde beantragen, den Entwurf an eine Kommission von 14 Mitgliedern zu verweisen.

Abg. Davidsohn (Soz.):

Die Darlegungen des Kriegsministers sind der beste Beweis dafür, daß die Anregungen an dem Hause auf Herabsetzung der Mindeststrafen von seinem Vorgänger längst berücksichtigt werden konnten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Vorlage ist wichtig genug, um in einer Kommission von 21 Mitgliedern beraten zu werden. Neben erfreulichen Verbesserungen sind auch unerfreuliche Konzeptionen vorgelesen, in Ziffer 11 scheint sogar eine Verschlechterung enthalten, vielleicht ohne Absicht, nur durch eine unglückliche Fassung. Die Begründung des Entwurfs läßt dem Geistes- und Verstandesstande des Schüßengrabenkriegers Gerechtigkeit widerfahren. Aber die Rolle selbst operiert immer noch mit der Todesstrafe, die man in Rußland jetzt auftränken will, und mit der lebenslänglichen Zuchthausstrafe. Den Grund der Notwendigkeit kennt der Entwurf nicht. Die Kommission findet also reiche Arbeit auch für 21 Mitglieder.

Abg. Reibel (L) erklärt die Zustimmung zur Kommissionsberatung.

Abg. Haas (Sp.): Wir wünschen in der Kommission eine Erweiterung der Vorlage dahin, daß in einem gesetzlich geordneten Verfahren die bisherigen Beurteilungen, die nach dem Entwurf mildere zu haben gewesen wären, nachgeprüft werden.

Abg. van Gaster (natl.) erklärt sich mit der Überweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern einverstanden.

Abg. Stadthagen (Soz. Arb.):

Die Vorlage geht in verschiedenen Punkten nicht weit genug. Nachdem man eingeschlagen hat, daß in einer großen Reihe von Fällen geradezu barbarische Strafen ausgesprochen sind, darf man diese Fälle von der Wohlthat des Gesetzes nicht ausschließen, indem man dem Gesetz die rückwirkende Kraft nicht gibt; die rückwirkende Kraft muß die Kommission unbedingt dem Gesetz bellegen. Weiter ist dringend zu fordern, daß vor Erhebung einer Klage der Angeklagte im Felde, für den stets die Vermutung der nervösen Ueberreizung vorliegt, einer gründlichen ärztlichen Untersuchung unterzogen wird. (Beifall bei den Sozialdemokratischen Arbeitseinkämpfern.)

Der Entwurf wird einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Darauf wird die zweite Beratung des

Entwurf für das Reichsjustizamt

fortgesetzt.

Abg. Sell (Z.): Mit den Resolutionen gegen den Kriegswucher sind wir einverstanden. Grundsätzlich muß man die Wucherer vor allem an ihrem Portemonnaie strafen. — Das Völkerrecht ist von England in diesem Kriege total mit Füßen getreten, England führt einen Krieg gegen die Personen und das Eigentum der einzelnen Bürger des feindlichen Auslandes, die Rechtsverfolgung ist dem feindlichen Ausland in England und in anderen Ententestaaten geradezu unmöglich gemacht. Wie anders ist die Rechtsverfolgung in Deutschland. Das Reichsgericht hält an dem Grundgesetz fest, das auch der Unschuldige des feindlichen Auslandes gegen die Schutz seiner Rechte innerhalb der Gesetze in Deutschland gewährt. Es wird dies ein dauernder Ruhmesdiel für die deutsche Rechtsprechung sein. In dem Wiederaufbau des Völkerrechts nach dem Kriege werden wir gern mitarbeiten. (Beifall.)

Abg. Landsberg (Soz.):

In dem gestern vom Abg. Stadthagen erwähnten Fall wurden die beiden Mädchen länger als drei Monate in Schutzhaft gehalten unter Begleitumständen, die die Schutzhaft zur schwersten Straftat machten. Wie feiner ist hier schon erwähnt wurde, mußten sie zum Teil in Gesellschaft gemeiner Diener sitzen. Nach Beendigung der Schutzhaft wurden sie vor das Schöffengericht gestellt wegen Verbreitung eines Flugblattes mit straflosem Inhalt, lediglich weil der Drucker und Verleger auf dem Flugblatt nicht angegeben war, und das Schöffengericht verurteilte sie zu sechs Wochen Gefängnis (Lebhafter Hört! Hört! links) und rechnete nicht einmal die Schutzhaft auf die Strafe an. (Erneutes Hört! Hört!) In dem ganzen Verfahren des Schöffengerichts kam

eine Bereingekommenheit

zum Ausdruck, die sich mit dem Richteramt nicht verträgt. Das Urteil des Schöffengerichts wurde von der Strafkammer bestätigt. (Erneutes Hört! Hört!) bei den Sozialdemokraten) Stadthagen hat auch das Verhalten des Oberreichsanwalts gerügt, der zwei Angeklagte, die das Reichsgericht entließ, auf Befehl des Oberkommandierenden in den Marken in Schutzhaft abführen ließ. Daß ein solches Verhalten nicht würdig ist, hätte sich der Oberreichsanwalt auch sagen können. Der Staatssekretär rügt, der Oberreichsanwalt hätte die selbstverständliche Pflicht zu seinem Verhalten gehabt. Aber eine Verpflichtung zur Rechtsilfe besteht bei Behörden nur, soweit es sich um eine Tätigkeit innerhalb des Rahmens der betreffenden Behörde handelt. Hier aber handelte es sich um eine rein polizeiliche Maßnahme und der Oberreichsanwalt hätte sehr wohl dem Oberkommandierenden sagen können, daß er kein Schutzmann sei. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Mit Benennung habe ich gehört, daß der Bundesrat eine Verordnung erlassen hat, wonach auch das Ruhegehalt in dem beschlagnahmten Arbeitsentlohnungsbetrag einbezogen werden soll. Ich würde mir wünschen, daß diese Höhe des plündernden Einkommens auf 2500 M. zu erhöhen; dieser Betrag ist heute noch nicht entzerrt, so viel, als 1500 M. vor dem Kriege. (Sehr wahr! bei den Soz.) Schon vor einem Jahre fragte ich den Staats-

sekretär nach seinem Programm für die Zeit nach dem Kriege. Leider ließ ich ohne Antwort. Hoffentlich wird er heute antworten. Auch auf dem Gebiet der Rechtspflege befindet sich, um ein Wort des Reichsanwalts zu gebrauchen

recht viel Schutt und Moder,

und ich hoffe, daß der Staatssekretär den Besen bereits bereitgelegt hat, um diesen Schutt und Moder zu entfernen. Der Entwurf zur Vereinfachung der Rechtspflege hat doch hoffentlich das Reichsjustizamt nicht völlig in Anspruch genommen. Dem Wunsch nach dem Ausbau des Kollisionsrechts, den der Abg. Land gestern ausgesprochen hat, schließe ich mich an. Viel Arbeit würde dem Reichsjustizamt dadurch nicht erwachsen. Man braucht nur den § 153 der Gerichtsbarkeit zu streichen sowie die paragrafenartige, durch die die landlichen Arbeiter und das Gewerbe gebunden werden.

Schließlich haben wir noch einen Antrag eingebracht, daß Reichslandwörden, die von verschiedenen Gerichten wegen Inkompetenz abgewiesen werden, die Möglichkeit der Rechtsverfolgung gegeben wird. Entsch. gab uns ein Fall, in dem ein Verleger einen Schadensersatzanspruch gegen die Krankenkasse geltend machte und natürlich vor dem Amtsgericht. Selbstverständlich wird über dies auch ebenso das Landgericht, weil die Sache vor dem Versicherungsamt geht. Das Versicherungsamt aber sollte Oberversicherungsamt und Reichsversicherungsamt werden, dann auch ab, wenn die Sache vor dem Amtsgericht geht, und tatsächlich kann der Mann seinen Anspruch nicht verfolgen. Derartige Fälle sind doch unendlich. Den übrigen Resolutionen stimmen wir zu. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Lisco:

Abhilfe für die Fälle der letztgenannten Art wird im Reichsjustizamt erwogen, doch sind diese Fälle nicht so häufig, daß man nicht bis zur Reform der Justizreform warten könnte. Im Reichsjustizamt wird sehr viel gearbeitet, wenn wir jetzt auch nicht gerade große Justizgesetze bearbeiten können; wir müssen bei allen Verhandlungen der anderen Ämter mitwirken. Für die Zukunft sieht obenan die

Reform des Strafverfahrens und des Zivilverfahrens.

Der Entwurf zur Vereinfachung der Rechtspflege hat, wie ich höre, in den Kreisen des Reichstags lebhaften Widerspruch gefunden. Ich möchte dringend bitten, ihn noch vor dem Ende der ersten Sitzung zu erledigen. Er ist unter dem Gesichtswinkel der Kriegsmassnahmen zu betrachten. 21 000 Juristen haben wir bereits ins Feld geschickt, wir haben aber noch 2000 Kriegsverwendungsfähige, die jedoch nur bis zum 31. März rekrutiert sind. Es ist also Not. — Gegenüber dem Abg. Landsberg bemerke ich, daß der Oberreichsanwalt die beiden Angeklagten lediglich zur Verfügung der Militärbehörde gehalten hat. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Punkt! Auf Grund welches Gesetzes?)

Abg. Dr. Krenndt (Deutsche Fraktion) befragt, ob die von allen Parteien unterstützte Resolution zur Erhöhung der mindereinstufigen Bezahlungsgrenze von Grundbesitzern. Das sei angesichts der Notlage des Grundbesitzers dringend notwendig.

Abg. Dr. Müller-Weinigen (Sp.) teilt mit, den Entwurf zur Vereinfachung der Rechtspflege, der für das rechtsprechende Publikum sehr gefährlich sei.

Abg. Gröber (Z.) schließt sich dem Vorredner an. Im Falle Gröber hätte sich der Reichsanwalt zu hoch dünken sollen, um die Aufgabe eines Polizeibeamten zu übernehmen. (Beifall links.)

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Montag 1 Uhr.

Schluss 2 1/2 Uhr.

Steuerfragen

im Hauptansatz des Reichstages.

Am Sonnabend trat der Ausschuss in die zweite Sitzung des Kriegssteuergesetzes ein. Zu dem Gesetz über den

Zuschlag zur Kriegsteuer

hatten die Sozialdemokraten wiederholt beantragt, den Zuschlag von 20 auf 30 Proz. zu erhöhen. Der Antrag wurde aber gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Abg. Numm wieder abgelehnt. Außerdem hatte Frhr. v. Gamp beantragt, den Zuschlag abzuheben. — Frhr. v. Gamp war nicht erschienen. Der Vorsitzende, Abg. Spohn, teilte mit, daß der Antrag zurückgezogen sei, ein Antrag, den Frhr. v. Gamp später berichtete. Die Sozialdemokraten nahmen den Antrag auf, soweit er eine Erhöhung des Zuschlages bezweckte.

Staatssekretär v. Mordeh bezog sich auf den Antrag als inhaltlich undurchführbar und hat auch volkswirtschaftliche Bedenken, da selbst wenig Leistungsfähige unter Umständen getroffen werden könnten. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Abg. Numm abgelehnt.

Darauf sollte in die Beratung eines Antrages eingetreten werden, der die

Besteuerung von Luxuswaren

bezweckte und als Artikel II dem Entwurf über den Kriegssteuergesetz angefügt ist. Nach diesem Entwurf sollen der Luxuswarensteuer folgende Waren unterstellt werden: 1. Waren aus edlen Metallen, soweit sie nicht für technische Zwecke bestimmt sind. Zu diesen gehören auch Uhren mit Gehäusen aus edlen Metallen; 2. Perlen, Edelsteine und Halbedelsteine sowie Waren in Verbindung mit Perlen, Edelsteinen und Halbedelsteinen. Ausgenommen sind die zu technischen Zwecken bestimmten: 3. Kunstwerke der Plastik und der Malerei; 4. Antiquitäten, einschließlich aller Drucker; 5. Tapeten; 6. Mobiler und Harmonien; 7. mechanische Spielwerke, Gramophone usw.; 8. photographische Apparatteile. Der Steuer unterliegen die Waren nur, wenn das Entgelt für ihre Lieferung beträgt: bei den Waren zu 1 (Edelmetalle), zu 2 (Perlen), zu 7 (mechanische Spielwerke) und zu 8 (photographische Apparatteile) 20 M.; bei den Waren zu Nr. 3 (Kunstwerke), 4 (Antiquitäten) und 5 (Tapeten): 100 M.; bei den Waren zu Nr. 6 (Mobiler) 500 M. Die Steuer soll 20 Proz. des Preises betragen. Der Antrag ist von (links) v. Stein, Frhr. v. Gamp, Frhr. v. Hülsen (Z.), v. Gamp (Z. Partei), Schiele (L), Schiffer und Straßmann (natl.), Gothein (Sp.), also von allen bürgerlichen Parteien. — Die Sozialdemokraten erhoben dagegen Einspruch, daß jetzt diese Vorlage beraten werde. Die Vorlage sei ihnen erst unmittelbar vorher mitgeteilt worden, so daß es ihnen unmöglich sei, sich mit dem Inhalt vertraut zu machen. Ueberdies könnten die sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses nicht ohne Einverständnis mit der Fraktion zu einem solchen Entwurf Stellung nehmen. Der Entwurf enthalte geradezu ungeheuerliche Verschönerungen. Kleine Schmuckgegenstände im Werte von 21 M., die zur Konfirmation oder bei anderen Gelegenheiten gekauft würden, sollten einer Kriegsteuer unterworfen werden. Das ist ein so unästhetischer Gedanke, daß er nicht so leicht Hand angenommen werden könne. — In der weiteren Erörterung hierüber wurde die Frage aufgeworfen, ob es überhaupt angängig sei, die Luxuswarensteuer mit der Kriegsteuer in einem Gesetz zu vereinigen. Die beiden Steuern seien ihrem Wesen nach so verschieden, daß sie nicht in einem Gesetz vereinigt werden könnten. — Die Sozialdemokraten die Vorlage und die Konfirmationsantrag zunächst der Vollversammlung des Reichstages vorgelegt werde.

Der Staatssekretär des Reichsfinanzamts erklärte, daß er auf die Form der Erledigung des Antrages auf Besteuerung von Luxuswaren keinen Wert lege; er bitte aber, daß nicht etwa die Erledigung des Antrages auf mehrere Wochen hinausgeschoben werde.

Schließlich verständigte sich der Ausschuss dahin, daß der Antrag bis Mitte März zurückgestellt wird. Inzwischen sollen die Fraktionen zum Antrage Stellung nehmen und dann soll erst darüber beschlossen werden, ob der Antrag in das Gesetz eingefügt werden oder als besonderer Anlaufpunkt der bürgerlichen Parteien erst an das Plenum gehen soll. Beim Entwerfer über die

Verkehrssteuer

wurde eingehend darüber gesprochen, ob die Verkehr auf den Landstraßen, namentlich durch solche Autobusse, die in sehr schwach besiedelten gebirgigen Gegenden nur mit Omnibussen aus der Gemeinde und der Staatskasse erhalten werden können, auch der Besteuerung unterworfen werden sollen. Die Sozialdemokraten und ein Teil des Zentrums traten dafür ein, daß unter allen Umständen hier die Besteuerung unterbleibe. Die Mehrheit nahm jedoch die Besteuerung auch für diese Fälle an. Überaus erhellend war die eingehende Erörterung darüber, ob die Streckenbahn durch die Steuer belastet werden soll. Die Sozialdemokraten legten von neuem den Antrag vor, daß Hochbetriebe bis zum Werte von 60 M. und Zeitfahrern, sofern der Preis der einzelnen Karte bis 10 Pf. beträgt, von der Steuer freigestellt seien. — Abg. Müller-Weinigen (Soz.) trat aufstrebend für den Antrag ein. Er wies darauf hin, daß, was doch niemals vorgeschrieben ist,

zwei Ausfälle des Reichstages,

der für Wohnungsfragen und der für Bevölkerungsangelegenheiten einstimmig beschlossen haben, den Hauptausfall um die Abhebung der Steuer auf Straßenbahnstraßen zu bitten. Auch zwei frühere Staatssekretäre, Bernauß und Dersburg, schloßen sich in einer Eingabe gegen die beschlossene Besteuerung der Straßenbahnen an. Die Gründe, die von den Sozialdemokraten in der ersten Sitzung gegen die Besteuerung der Straßenbahnen geltend gemacht worden seien, seien hier behauptet worden.

Abg. Numm (Deutsche Fr.) beantragt für den Fall, daß der Antrag der Sozialdemokraten abgelehnt werden sollte, daß mindestens die Fahrkarten bis zu 25 Pf. von der Steuer freigestellt seien. Jedoch wurde sowohl der Antrag der Sozialdemokraten als auch der Antrag Numm gegen die Stimmen der Antrosteller abgelehnt.

Bei der

Kohlensteuer

beriefen die Sozialdemokraten Zustimmung über den ersten Paragraphen, der die grundsätzliche Entscheidung für diese Steuer bedingt. Der § 1 wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Dem § 6 war in der ersten Sitzung auf Antrag des Zentrums die Zustimmung eingefügt worden, daß die Steuer sich auf 15 u. S. für solche Kohlen erhebe, welche die Werke für Hausbrandzwecke auf Verlangen an Gemeinden und Gemeindevorstände nach näheren Bestimmungen des Bundesrats zum ersten Verkaufspreis zu liefern verpflichtet sind. Inzwischen aber ist das Zentrum umgefallen und hat zusammen mit den anderen Parteien folgende Verschlechterung des ursprünglichen Antrages eingebracht: Sofern Gemeinden oder Gemeindevorstände nach vom Bundesrat aufzustellenden Grundfähigen Einrichtungen treffen, die den Anhabern von Mietwohnungen den Bezug von Hausbrandzwecken ermöglichen, so werden die für diese Zwecke bezogenen Kohlen von der Steuer zur Hälfte befreit. Die Sozialdemokraten wandelten sich entschieden gegen den neuen Kompromißvertrag. Sie verlangten die ursprüngliche Entscheidung für diese Steuer bedingt, an Gemeinden und Gemeindevorstände Kohle direkt zum ersten Verkaufspreis zu liefern; soweit diese Kohle von Gemeinden und Gemeindevorständen an Mieterbewohner für Hausbrandzwecke abgegeben wird, ist sie steuerfrei. — Die Gemeinden und Gemeindevorstände sind verpflichtet, Einrichtungen zu treffen, die die minderbemittelten Bevölkerung den Bezug von Kohle für Hausbrandzwecke zu Höchstpreisen ermöglichen, die die ursprünglichen Preise vom 15. Februar 1917 nicht übersteigen. — Minderbemittelte im Sinne dieser Bestimmung sind Verbandsfamilien in Gemeinden der Ortsklasse A bei einem steuerbaren Jahreseinkommen bis zu 4000 M., der Ortsklasse B bei einem steuerbaren Jahreseinkommen bis zu 3000 M., der Ortsklasse C bei einem steuerbaren Jahreseinkommen bis zu 2000 M., der Ortsklasse D und E bei einem steuerbaren Jahreseinkommen bis zu 1500 M.

Von den Sozialdemokraten wiesen die Abgeordneten Dr. David und Hoch nach, daß der Kompromißantrag der bürgerlichen Parteien gerade die Bestimmung des früheren Beschlusses nicht enthält, die von ausschlaggebender Bedeutung war. Der ganze Antrag habe keinen Wert, wenn nicht den Gemeinden die Verpflichtung auferlegt werde, die nötigen Maßnahmen zum Bezug der Kohlen zu treffen, und wenn nicht außerdem die Steuerpflicht verpfändet werde, den Gemeinden die Kohle zu dem ersten Preise zu liefern. Demnach kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der jetzt vorliegende Antrag gar keine praktische Bedeutung habe, daß er dem Volke nur leere Worte bietet und deshalb nichts als ein Scherzstück sei. Es sei unerhörl, daß die bürgerlichen Parteien jetzt unwillig, nachdem das Grundgesetz und die Grundhändler Sturm gelaufen sind gegen den Beschluß der ersten Sitzung, diese Artikel lassen sich alle von der Rücksicht auf ihre eigenen Vorteile lösen. Der Reichstag aber müsse auch die Lage der großen Kohle des ostpreussischen Volkes im Betracht ziehen. Von dem Zentrum gab Abg. Müller (Hülbe) zu, daß der Begriff Mietwohnungen ganz unbestimmt sei. Ferner wollte er für den vorliegenden Antrag dadurch Zustimmung machen, daß er den Wunsch an den Staatssekretär ausdrückte, der Bundesrat möge sich in der Ausführung der Bestimmung weitestgehend nach dem Inhalt des sozialdemokratischen Antrages richten. In der Tat scheint der sozialdemokratische Antrag im wesentlichen das Richtige zu treffen. Die Abg. Erzberger (Z.) und ebenso Gothein (Z. Sp.), Stöbe (natl.), Graf v. Westarp (L) und Wildgrube (L) sprachen die Hoffnung aus, daß die Städte auf Grund des Kompromißantrages den Minderbemittelten billiger Kohlen liefern würden. Der Staatssekretär des Reichsfinanzamts erklärte, die vom Bundesrat aufzustellenden Grundfähigen könnten in einzelnen nach nicht angegeben werden. Er würde aber dem Bundesrat folgen, daß bei der Bestimmung dessen, was als Mietwohnung anzusehen ist, nicht engherzig vorzugehen wird. Das Reichsfinanzamt werde in dieser Beziehung durchaus dem Wunsche der Städte entsprechen. Hierauf wurde der Antrag der Sozialdemokraten gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Abg. Fiesching (Z. Sp.) und Numm abgelehnt, und dann wurde der Kompromißvorschlag der bürgerlichen Parteien angenommen. Die übrigen Bestimmungen des Kohlensteuergesetzes wurden ohne nennenswerte Veränderungen nach dem Beschlusse der ersten Sitzung angenommen.

Damit sind die Verhandlungen über die Steuererhebung beendet. Die nächste Ausschusssitzung beginnt Montag morgen um 9 Uhr. Die Fortsetzung der Beratung über die Vorgänge in Eljaß-Lothringen steht auf der Tagesordnung.

China bricht die diplomatischen Beziehungen ab.

Der Berliner chinesische Gesandte hat der deutschen Regierung den Abbruch der diplomatischen Beziehungen in einer Note mitgeteilt, in der gesagt wird, daß der Protest Chinas gegen den verheerenden U-Bast-Krieg einen Monat unbeantwortet und dann am 11. März ablehnend beantwortet wurde. Bei der Versenkung von Handelschiffen hätten zahlreiche Staatsangehörige Chinas ihr Leben eingebüßt.

Der Krieg auf den Meeren. Die Vernichtung des Danton.

Paris, 23. März. Amisch. Das Panzerschiff Danton ist am 19. März im Mitteländischen Meer torpediert worden und untergegangen. 296 Mann sind ums Leben gekommen, 806 gerettet worden.

Seesperre und Versenkungen.

Berlin, 24. März. „Ebenfalls Dampfablad“ meldet aus Stavanger: Der holländische Dampfer Baalen, mit Ballast von Rotterdam nach New York für die belgische Hilfskommission unterwegs, habe Stavanger angelaufen und berichtet, daß er am 17. März, nachmittags, obwohl er mit den Abzeichen der Hilfskommission versehen gewesen, von einem deutschen U-Boot angehalten, und als er die Reise fortsetzte, mit Granaten beschossen worden sei. Ein ausgeleertes Boot sei getroffen und alle darin befindlichen Leute getötet worden. Der Dampfer habe darauf volle Fahrt gemacht und das U-Boot sei verschwunden.

Zu dieser auffallenden Meldung kann vor Eintreffen des U-Boot-Berichtes naturgemäß nicht Stellung genommen werden; es sei aber jetzt bereits darauf hingewiesen, daß es sich nach dem es unklaren Wortlaut der Meldung offenbar um einen Fall handelt, wo ein Dampfer auf die Aufforderung zu stoppen, versucht hat, durch die Flucht zu entkommen. Bei dieser Sachlage wäre der Dampfer selbstverständlich für die eingetretenen Folgen selbst verantwortlich. Ein Rätsel bliebe es freilich, weshalb er trotz Führung der vorgeschriebenen Abzeichen der Hilfskommission den Versuch unternommen hat, sich der Untersuchung durch die Flucht zu entziehen. Zum wenigsten war daraus auf ein schlechtes Gewissen zu schließen. Im übrigen bliebe eine Klarstellung des Falles abzuwarten.

Kopenhagen, 24. März. Nach Lloyd's sind vom 1. bis 15. März 110 Schiffe als Totalverlust bezeichnet, das macht für den Tag durchschnittlich 6,1 Schiffe. Der durchschnittliche tägliche Schiffsverlust vor dem Kriege betrug nach Lloyd's für die gesamte Welttonnage 2,2 Schiffe.

Lugano, 24. März. Wie aus gut unterrichteter Quelle aus Brindisi verlautet, sind in den letzten vier Wochen in Saloniki zehn Dampfer überfällig. Der Verspätungs- und Munitionsnachschub nach Saloniki leidet dadurch sehr stark.

Amsterdam, 24. März. (Meldung der Niederländisch Telegraaf Agency.) Der niederländische Dampfer Amstelroos (1413 Gr. Reg.-T.) der am Donnerstagabend von Amstelveen nach London abfuhr, ist versenkt worden.

Kristiania, 23. März. Der Bergener Dampfer Malmanget (3400 T. oder 1442 T.) von New York nach Svonesmout unterwegs, ist am 23. März 5 Meilen westlich von Fastmann durch eine Mine oder einen Torpedo zum Sinken gebracht worden.

Politische Uebersicht.

Reichstag.

Von der Rechtspflege.

Der Krieg wurde in den Beratungen des Reichstags am Sonnabend mehrere Male als Schmerzensgerühmt. Es ist traurig, daß erst eine so fürchterliche Erschütterung des gesellschaftlichen Zusammenlebens, wie dieser Weltkrieg sie bedeutet, notwendig war, um die eine und andere Trübsal sozialer und politischer Vorurteile zu erschüttern. Ohne die Erfahrungen des Krieges wäre an eine Gesetzesvorlage zur Verabfolgung von Mindeststrafen des Militärstrafgesetzbuches, die der Kriegsminister v. Stejneger begründete, nicht zu denken gewesen. Man braucht sich nur der leidenschaftlichen Debatten vor dem Krieg über die schweren Urteile von Militärgerichten und die steinerne Unbeweglichkeit der Seeresverwaltung gegenüber den Wünschen des Volkes zu erinnern, um den Wandel der Zeiten zu empfinden. Damals wurden die fürchterlichen Strafandrohungen des Militärstrafgesetzbuches mit Hinweisen auf den Krieg und die seineinwegen zu schließende und stützende Disziplin begründet. Heute hingegen gerade die Kriegserfahrungen die Seeresverwaltung, die Militärgerichte von der fürchterlichen Notwendigkeit zu befreien, für an sich unbedeutende und harmlose Vergehen schwere und schwerste Strafen zu verhängen. Der Gesetzesentwurf wurde nach kurzer Erörterung an einen Ausschuss verwiesen, von wo er voraussichtlich nach kurzer Zeit ans Plenum zurückkehren wird, damit seine Vorzüge möglichst bald den Soldaten zugute kommen. Hoffentlich gelingt es noch, ihn im Ausschuss zu verbessern, besonders durch eine von unserem Genossen Döbisch angelegte Ergänzung, dem Gesetze rückwirkende Kraft zu geben.

Im zweiten Teil der Sitzung wurde die Beratung des Justizetats fortgesetzt. Von der sozialdemokratischen Fraktion trug Genosse Landsberg eine Reihe von Wünschen vor. Er kritisierte die am Tage zuvor schon erwähnte rücksichtslose Festhaltung zweier jungen Mädchen in Schutzhof unter sehr erniedrigenden Begleitumständen. Er geißelte ferner, daß der Oberreichsanwalt im Falle Eichhorn sich zu Bütteldiensten für das Oberkommando in den Marken hatte bereitfinden lassen, was später auch vom Abgeordneten Gröber scharf getadelt wurde. Eine Anfrage Landsbergs an den Staatssekretär des Reichsjustizamts über sein Programm für die Zeit nach dem Kriege veranlaßte diesen zu einigen unvorsichtigen Bemerkungen über den von ihm vorgelegten Entwurf zur angeordneten Vereinfachung der Rechtspflege. Die Abgeordneten Müller-Weinungen und Gröber machten dem Staatssekretär klar, daß dieser Gesetzesentwurf alles andere als eine Vereinfachung und Verbesserung der Rechtspflege bewirken würde. Herr Lisco stand da wie der bekannte Lohgerber. Es wird ihm kaum gelingen, die lustig treibenden Fälle wieder einzuholen.

Schärfste Beschlagnahme der ländlichen Vorräte.

Die neueste Nummer des Reichsgesetz-Blatts enthält eine Bekanntmachung über die Inanspruchnahme von Getreide und Hülsenfrüchten. Es werden durch diese Bekanntmachung die noch in Händen der Erzeuger befindlichen Vorräte an Weizen, Gerste, Hafer und Hülsenfrüchten, desgleichen auch Erbsen (Graupe und Grüse) und Kehl, das aus diesen Früchten hergestellt ist, für die Ernährung des Volkes in Anspruch genommen.

Von der Beschlagnahme frei bleiben nur gewisse Mengen, die zur Ernährung des Unternehmers des landwirtschaftlichen Betriebes und der Angehörigen seiner Wirtschaft (Selbstversorger), für die Fütterung der in den landwirtschaftlichen Betrieben gehaltenen Tiere und für Saatwecke unbedingt notwendig sind.

Durch diese Bekanntmachung wird die schon in der Presse kürzlich erwähnte Nachprüfung der unbetriebligen ausgefallenen Getreidebestandsaufnahme vom 15. Februar 1917 und die dort angegebene Requisition der Vorräte gesetzlich angeordnet. Es werden beschleunigt Ausschüsse gebildet, die unter Zugabe von Militärpersonen die Nachschau bei den Landwirten durchzuführen haben. In jeder Gemeinde soll der Gemeindevorsteher als Auskunftsperson beteiligt werden.

Vorräte, die nicht freiwillig abgeliefert werden, werden den Eigentümern durch die Ausschüsse weggenommen, solche, die heimlich oder absichtlich verschwiegen werden, verfallen ohne Entschädigung dem Kommunalverbande. Der Geist der Anordnung ist gut. Hoffentlich wird auch die Durchführung überall in diesem Geiste geschehen.

Der Reichstag hat am Sonnabend mit dem Arbeitsplan für die nächsten Tage. Am Montag wird die Beratung der vorliegenden Einzeljets fortgesetzt. Dienstag beginnen die Verhandlungen über die neuen Steuern, die vor Osnern fertiggestellt werden sollen. Die Arbeit, auch die Ernährungsfragen und die Frage der Schulpflicht noch vor den Osterferien zu erledigen, kann nicht verwirklicht werden, weil beide Materien sich noch in der Kommission befinden. Am Donnerstag beginnt die Behandlung der Etat des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes; am Freitag wird der Etat des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes verabschiedet, da es sich als unmöglich erweisen hat, den Etat rechtzeitig fertigzustellen. Am Freitag verlegt hat das Haus bis zum 24. April. Der Hauptausschuss nimmt seine Arbeiten bereits am 17. April wieder auf.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Die Fraktion bestimme zu Rednern für den Etat des Reichskanzlers und den Etat des Auswärtigen Amtes die Abgeordneten Koste und Dr. David.



Wart Ihr dabei

im Schützengraben, bei eiserer Kälte, bei glühender Hitze, in Lehm und Dreck, in Nässe und Regen, wenn nach wochenlangem höllischen Trommelfeuer der rasende Feind zum Sturm rannte und an unsrer Helben sieghafter Wehr sich blutige Schädel holte?

Wart Ihr dabei im einsamen Unterseeboot, weit draußen im unendlichen Meer, in Sturm und Drang, in Not und Tod, auf erfolgreicher Jagd nach dem Engländer?

Wart Ihr dabei, wenn unsere Flugzeuge und Zeppeline sich trühtig und verwegen den feindlichen Geschwadern entgegenwarfen zum Schutz unserer Kinder, Frauen und Greise, unserer blühenden Städte und Dörfer?

So seid wenigstens jetzt dabei wenn es gilt, im sichern Schoß der Heimat ohne Gefahr für Leib und Leben am großen Ziele mitzuwirken. Es geht der Entscheidung entgegen! Wer Kriegsanleihe zeichnet, verkürzt den Krieg, beschleunigt den Frieden. Wer aber jetzt noch dem Vaterland engherzig sein Geld vorenthält, demselben Vaterland, dem unsre Söhne, Brüder und Väter ihr Leben opfern, der hilft unsern Feinden.

Die 6. Kriegsanleihe ist eine Ehren-Urkunde, die jeder besitzen muß.



Durch die englischen Sperren nach Deutsch-Ostafrika.

Das Geheimnis, woher die deutsche Schutztruppe in Deutsch-Ostafrika die Mittel zur Fortführung ihres Kampfes bezog, wird jetzt durch eine W.L.B.-Meldung aufgeklärt. Deutschen Schiffen war es mehr als einmal gelungen, die englischen Sperren zu durchbrechen und Gewehre, Maschinengewehre, Patronen, Geschütze usw. nach Deutsch-Ost zu bringen. Die erste Sendung erfolgte im Februar 1915 durch einen von Oberleutnant z. S. Christianien befehligten Dampfer, der glücklich sein Ziel erreichte. Er wurde in der Montsa-Bucht von den Engländern beschossen, in Flachwasser zum Sinken gebracht, konnte aber dennoch seine Ladung bergen. Das gleiche Stück gelang Anfang 1916 dem von Leutnant z. S. Sörensen befehligten Dampfer Marie. Auf der Rückfahrt geriet das Schiff zweimal in einen Hagel englischer Granaten, doch wurde es ausgebrochen und entkam glücklich nach Hollandisch-Indien.

Das Ruhegeld der Privatangestellten pfändungsfrei.

Nach einer soeben erlassenen Bundesratsverordnung ist das Ruhegeld der im Privatdienst angestellten Personen der Pfändung nur insoweit unterworfen, als der Gesamtbetrag die Summe von zweitausend Mark für das Jahr übersteigt. Gesetzliche Vorschriften, die über die Pfändung von Ruhegeld abweichende Bestimmungen treffen, bleiben unberührt. Die Verordnung tritt am 28. März 1917 in Kraft. Den Zeitpunkt des Ruhegeldertrags bestimmt der Reichskanzler.

Bundesratsarbeit. Der Bundesrat hat eine Verordnung betreffend einige, die Kriegsbarordnungen ergänzende Vorschriften über Einziehung und über Veräußerung beschlagnahmter Gegenstände erlassen. In einer weiteren, in der gleichen Sitzung erlassenen Verordnung über die Änderung des Gesetzes betreffend Höchstpreise, hat der Bundesrat den

Reichskanzler und die von diesem bestimmten Behörden ermächtigt, Höchstpreise festzusetzen; außerdem sind die Strafbestimmungen des Höchstpreisgesetzes durch Zulassung der Einziehung der Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, verschärft worden.

Der Arbeitsplan des Reichstags. Der Senatskommission des Reichstags befragte sich am Sonnabend mit dem Arbeitsplan für die nächsten Tage. Am Montag wird die Beratung der vorliegenden Einzeljets fortgesetzt. Dienstag beginnen die Verhandlungen über die neuen Steuern, die vor Osnern fertiggestellt werden sollen. Die Arbeit, auch die Ernährungsfragen und die Frage der Schulpflicht noch vor den Osterferien zu erledigen, kann nicht verwirklicht werden, weil beide Materien sich noch in der Kommission befinden. Am Donnerstag beginnt die Behandlung der Etat des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes; am Freitag wird der Etat des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes verabschiedet, da es sich als unmöglich erweisen hat, den Etat rechtzeitig fertigzustellen. Am Freitag verlegt hat das Haus bis zum 24. April. Der Hauptausschuss nimmt seine Arbeiten bereits am 17. April wieder auf.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Die Fraktion bestimme zu Rednern für den Etat des Reichskanzlers und den Etat des Auswärtigen Amtes die Abgeordneten Koste und Dr. David.

Letzte Nachrichten. Die Kadetten für Republik.

Petersburg, 24. März. (Neuermeldung.) Der Zentralausschuss und die parlamentarische Fraktion der konstitutionellen demokratischen Partei entschied sich in einer Beratung über die einzuführende Regierungsform für die demokratische Republik. In der allgemeinen Versammlung des Parteitag in Petersburg am 7. April wird ein in diesem Sinne abgefasster Bericht vorgelegt werden.

Appell an die russische Armee.

Amsterdam, 24. März. „Allgemeines Dampfablad“ meldet aus Petersburg vom 23. März: Die provisorische Regierung hat an das Volk, die Armee und die Flotte appelliert und auf die dringende Gefahr, die von seitens Deutschlands droht, das sich entschie, die inneren Schwierigkeiten in Russland abzumunnen, hingewiesen. Es wird in dem Aufruf gesagt, daß dies für die laum erzungene Freiheit vernichtend wäre. Die freien Bürger müßten Slaven Deutschlands werden. Es müßten alle Kräfte zusammenhalten, um diese Gefahr abzuwenden. In der Armee müsse Einigkeit und Disziplin herrschen und Ehrerbietung vor den Offizieren, aber auch die Offiziere müßten Ehrerbietung vor dem Soldaten haben, die dem Offizier Gehorsam schulden. Der Kriegsminister hat einen ähnlichen Armeebefehl an die bewaffnete Macht ausgegeben.

Neuer meldet aus Petersburg vom 23. März, daß im Manifest des Kabinetts gesagt wird, der Feind wird versuchen, von jeder Schwäche der großen Armeen an der russischen Front Nutzen zu ziehen. Bei Anbruch des Frühjahrs wird seine Flotte wieder frei werden und unsere Hauptstadt wird dann wieder bedroht sein. Ein Sieg des Feindes würde die Niederwerfung der Freiheit Russlands bedeuten. Der preussische Sergeant werde die Russen aller Freiheiten berauben und die Herrschaft des Zaren über dem geknechteten Volk wiederherstellen.

Der Prozeß gegen die Reaktionsminister.

Basel, 24. März. Die „Basler Nationalzeitung“ läßt sich vom 24. aus Petersburg melden: Die in der Peter-Paul-Festung gefangenen Staatsmänner des alten Regimes werden nicht wegen ihrer verfassungswidrigen Salzung, sondern wegen Amtsmißbrauch in Anklagezustand verfaßt werden.

Französische Sozialisten nach Petersburg.

Bern, 24. März. Die französische sozialistische Kammergruppe hat die Abgeordneten Lafont und Moutet nach Petersburg abgeandt.

Kriegsfuror in Amerika.

Amsterdam, 24. März. Aus New York wird gemeldet, daß gestern abend eine Massenversammlung auf dem Madison Square unter dem Vorsitz von mehr als 40 patriotischen und Bürgervereinen stattfand. Rost führte den Vorsitz. Die Anwesenden, mehr als 13000 Personen, gaben die Erklärung ab, Wilson unterstützen zu wollen. Joicebild, der frühere Sekretär des Schayamies, äußerte sich: Wir müssen helfen. Was für ein Augenblick würde das sein, wenn eine mächtige Division begeisteter Soldaten der Vereinigten Staaten nach der langen Frontlinie in Frankreich rückt, voran das Sternendanner und angeführt von dem früheren Präsidenten, dessen Namen sie so gut kennen.

Schließlich gelangte eine Resolution zur Annahme, durch die der Kongreß ersucht wird, sofort bei Eröffnung der Sitzung die Erklärung abzugeben, daß jetzt bereits Kriegszustand herrsche.

Amerikas Zusammenarbeit mit der Entente.

Basel, 24. März. Havas meldet aus New York vom 23.: Die Blätter teilen mit, daß der Plan eines festen Zusammenarbeitens zur See zwischen den Vereinigten Staaten und der Entente zur Bekämpfung der Unterseeboote bereits festgelegt ist. Kein Mitglied des Kabinetts empfindet den Beitritt der Vereinigten Staaten zum Londoner Abkommen. Die Aktion der Vereinigten Staaten wird als theoretisch getrennt vor sich gehen, dagegen wird eine ausgedehnte Zusammenarbeit mit der englischen und französischen Admiralität das erste Ergebnis der Anerkennung des Kriegszustandes durch den Kongreß sein.

Auflagen gegen Thomas.

Bern, 24. März. Die Finanzkommission des Senats erhebt in ihrem Bericht über das Arsenal von Roanne Anschuldigungen gegen den Minister Thomas. Dieser habe beschlossen, das Arsenal anzulegen ohne vorherige Prüfung des Plans durch die technischen Dienste und ohne Befragung des Kriegs- und des Finanzministeriums. Der Bericht der Kammer wurde nur mündlich gefaßt für ein Unternehmen, dessen Kosten sich auf bald 150 Millionen Frank belaufen. Der Plan wurde mit solcher Veiäufigkeit aufgestellt, daß von vier vorgezeichneten Fabrikationszweigen bereits zwei, das Stahlwerk und die Kanonenfabrik, wieder aufgegeben werden mußten. Die Fabrikation sollte im April 1917 beginnen, das Werk nächsten Oktober in vollem Betrieb sein. Bis her aber sind die meisten Gebäude noch im Entstehen, Feins ist unter Dach, niemand kann vor-aussagen, wann der Betrieb eröffnet werden kann. Für die Organisation des erforderlichen großen Verwaltungsapparats war nichts geschehen, hingegen wurden eigenartige Schiebungen gemacht, um das Geschäft des künftigen Direktors festzustellen. Ein Vorteil für die Munitionsherstellung sei von dem Arsenal nicht zu erwarten, vielmehr leide die nationale Verteidigung seit Monaten infolge der ungeheueren Beanspruchung von Arbeitskräften, Material, Maschinen, Transportmitteln und Geld durch den Arsenalbau.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Haltung, Zuschinder und Buchbindereiarbeiterinnen! Die in der Delegiertenversammlung im Februar der Präfekturleitung und Ortsverwaltung unterbreiteten Unstimmigkeiten in der Berechnung der am 11. Dezember 1916 vereinbarten Teuerungszulagen, haben in der am 22. März 1917 abgehaltenen gemeinsamen Sitzung des Vorstandes des Verbandes Berliner Buchbindermeister und der Zahlstille Berlin des Buchbinderverbandes ihre Erledigung durch folgende Vereinbarung gefunden:

„Unter Aufrechterhaltung der prinzipiellen Vereinbarungen vom 11. Dezember 1916 ist heute zwischen dem Vorstand des Verbandes Berliner Buchbindermeister und dem Vorstand der Zahlstille Berlin des Deutschen Buchbinderverbandes folgendes vereinbart: Die vom 14. Dezember 1916 ab bewilligte Teuerungszulage in Höhe von 10 Proz. zahlbar bei einem Verdienst unter 25.— bzw. 45.— M. wird mit Gültigkeit vom 29. März 1917 ab (erste Lohnzahlung am 5. April 1917) unbeschadet der Höhe des verdienten Lohnes sowie Abforderungen auf alle Löhne gezahlt.“

Der Antrag, die Kosten 306 fallen zu lassen, wird abgelehnt, da dies eine Änderung des bestehenden Tarifs bedeuten würde, wozu der Verband Berliner Buchbindermeister nicht berechtigt ist. Bezüglich der Erhöhung der Teuerungszulage auf 10 Proz. wird die Abforderung um 10 Proz. erhöht werden.“

Mit dieser Vereinbarung ist eine Erweiterung in der Anwendung der Teuerungszulage herbeigeführt worden. Die Verbandsvertreter sind verpflichtet, bis Sonnabend, den 7. April, der Ortsverwaltung Bericht über etwaige Unstimmigkeiten bei der Zahlung der Teuerungszulage zu erstatten.

Die Ortsverwaltung.

Zum Tarifabschluss im L.K.-Verlag erhalten wir jetzt noch folgende Zuschrift vom Handlungsgehilfenverband:

„Unter der Überschrift 'Zum Tarifabschluss im L.K.-Verlag' geben Sie einer Zuschrift des Genossen Krüger vom Bureauangestelltenverbande Raum, in welcher unrichtige Darstellungen des Sachverhalts enthalten sind.“

Wir erlauben uns demgegenüber festzustellen, daß uns Genosse Baumeister im Laufe unserer Verhandlungen bis zum 27. September u. a. wiederholt die Erklärung abgegeben hat, daß Verhandlungen über einen Tarifabschluss mit dem Verbande der Bureauangestellten nicht fortzuführen hätten. Durch uns waren aber am selben Tage, als die erste Notiz über Löhnerhöhung im L.K.-Verlag im 'Vorwärts' erschien, also bereits am 7. September, Verhandlungen auf Grund eines vorgelegten Tarifentwurfs mit dem Genossen Baumeister angeknüpft worden. Diese Verhandlungen fanden am 27. September vor dem Abschluß. Genosse Baumeister hatte sich nur noch aus geschäftlichen Rücksichten auf sich bis zum 1. Oktober erbeten.

Da erst erstens der Verband der Bureauangestellten in der Person des Genossen Krüger auf dem Plan und es erfolgte der Abschluß eines Tarifs, der in Nr. 21 des 'Bureauangestellten' vom 1. November abgedruckt ist und der unsere Gehaltsforderung unterboten hatte. Darin lag allerdings das eigenartige Verhalten des Verbandes der Bureauangestellten.

Es ist auch nicht wahr, daß die Angehörigen des L.K.-Verlages ausnahmslos dem Verbande der Bureauangestellten angehören, denn ein Teil derselben war unorganisiert, ein anderer Teil gehörte unserer Organisation an. Heber die Art und Weise, wie aber dann am 27. September und vorher diese unorganisierten Mitglieder des Verbandes der Bureauangestellten wurden, wollen wir die Tatsachen lieber nicht öffentlich mitteilen.

Wir bitten Sie, zur Steinerung der Wahrheit, diese Zeilen aufzunehmen.“

Kann der Red. Wie schon im Bericht des Handlungsgehilfenverbandes selbst bemerkt wurde, hat die Generalkommission auf die vom Handlungsgehilfenverband eingelegte Forderung sich

dafür entschieden, daß der Verband der Bureauangestellten als Organisation für den L.K.-Verlag zuständig ist. Weiteren Zuschriften in dieser Grenzstreitigkeitsfrage gewähren wir deshalb keinen Raum mehr.

Soziales.

Aufgehobene Zwangsersatzierung.

Die Bestimmungen über die Unterhaltspflichten von Familien der in den Heeresdienst einmündigen Mannschaften kamen bei einer Zwangsersatzierung des Lieferungsverbandes Lauban durch den Kreisratspräsidenten in Vicaria in Betracht. Die Familie des eingezogenen Landsturmmannes A. ist vom Lieferungsverbande Kreis Lauban zu unterstützen. Es befindet sich nun eine Tochter A.'s in Anstaltspflege des Landarmenverbandes der Provinz Schlesien. Von den auf 800 M. berechneten Kosten der Anstaltspflege waren 592 M. erlattet. Der Landarmenverband verlangte nun vom Lieferungsverbande Lauban Erstattung der weiteren 807 M. mit der Begründung, daß nach Einziehung A.'s zum Heere auch die geschlossene Anstaltspflege der Tochter in Kriegsursorge überzuleiten sei.

Der Lieferungsverband weigerte sich. Darauf schritt der Kreisratspräsident in Vicaria zur Zwangsersatzierung. Er erklärte dem Lieferungsverband Kreis Lauban ausdrücklich, den französischen Betrag zu erlassen, und ordnete dann an, daß der Kreis den Betrag als derartige Ausgabe in seinen Etat aufzunehmen habe.

Der Kreis Lauban stellt die Zwangsersatzierung durch die Klage an.

Der Kreis bestritt die Verpflichtung und machte außerdem geltend, daß der Weg der Zwangsersatzierung hier überhaupt nicht gegeben sei.

Das Oberverwaltungsgericht, vor dem ein Kommissar des Ministers die Zwangsersatzierung für zulässig erklärte, entschied auf die Klage des Kreises dahin, daß die Zwangsersatzierung außer Kraft zu setzen sei. In den Urteilsgründen wurde unter anderem ausgeführt: Der § 7 der Verordnung des Bundesrats vom 21. Januar 1918, betreffend die Unterhaltspflichten von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften, könne für die Zulässigkeit der Zwangsersatzierung nicht verwertet werden. Er regelt nur die rechtlichen Beziehungen der Unterhaltungsverbande zu den Unterhaltungsbedürftigen. Er bezieht sich nicht auf die Beziehungen zwischen Lieferungsverbanden und Dritten, insbesondere fände er keine Anwendung auf Forderungen, die ein Dritter (hier der Landarmenverband) gegen einen Lieferungsverband geltend mache. Die gesetzlich begründeten Gründe des § 7 beschränken sich auf den Kreis der Lieferungsverbande und der Unterhaltungsbedürftigen. Das Interesse des in Schützengraben befindlichen Heeresangehörigen werde nicht dadurch berührt, ob einem Dritten eine Erhaltungsforderung an den Lieferungsverband zustehe, sondern nur dadurch, daß seine Angehörigen Unterstützung erhielten. Der Erhaltungsanspruch des Landarmenverbandes der Provinz Schlesien an den Lieferungsverband gehöre in die Kategorie der bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, weil lediglich vermögensrechtliche Ansprüche in Frage kämen; dieser Charakter werde auch nicht beeinträchtigt dadurch, daß der Anspruch auf öffentlich-rechtlicher Grundlage beruhe. Es sei für den Landarmenverband der ordentliche Rechtsweg gegeben. Deshalb sei für den Weg der Zwangsersatzierung kein Platz. Daraus ergebe sich Aufhebung der Zwangsersatzierung. I. A. S. 17.

Aus Industrie und Handel.

Uebermäßigkeiten.

Die Jahresabschlüsse der Aktiengesellschaften geben zu allerlei Betrachtungen Anlaß. Man sieht, daß die Gewinne einer Reihe von Gesellschaften nicht mehr zu den Kapitalrücklagen hinzurechnen.

Die Bewilligungen müssen sich aber entschließen, Zeit abzugeben und die glücklichen Aktionäre erhalten große Gewinne, für die sie Gegenstände nicht zu machen brauchen. Nicht selten ist die Gewinnerwartung so stark, daß die Bewilligungen sich sähen, etwa in Gestalt einer Dividendenhöhung die Steigerung zum Ausdruck zu bringen. Ein Beispiel ist die Ausschüttung großer Beträge seitens der Auer-Gesellschaft, die auf recht eigenartige Weise vorgenommen wird. Ferner sei auf das Anwachsen der Teufelien aufmerksam gemacht. Die Bank für Handel und Industrie verteilt diesmal an ihren Aufsichtsrat nicht weniger als 250 000 M. Teufelien gegen 112 000 M. im Vorjahre. Es ist gar keine Frage, daß die Teufelienwirtschaft auf dem Aktiengebiete den durch den Krieg entstandenen Verhältnissen nicht mehr entspricht. Es muß ein besserer Ausgleich geschaffen werden. Das trifft auch auf die Gehälter der Direktoren zu, die zusammen mit den Nebenabnahmen aus Aufsichtsratsposten usw. vielfach im Vergleich zu den übrigen Gehältern entschieden zu hoch sind. Die erschwerten Lebensbedingungen fordern eine gerechtere Verteilung der Einkünfte, zumal es nicht möglich ist, diese Bedingungen durch eigene Kraft zu verbessern. Denn der Lebensstandard der modernen Volkswirtschaft gestaltet dem Einzelnen nur sehr selten, aus einer schlecht bezahlten Stellung in eine besser bezahlte zu gelangen. Man wird sicherlich nicht um eine Reduktion der bestehenden Einkommensverhältnisse herumkommen. Das liegt im Zuge der Zeit, es ist eine Naturnotwendigkeit, der man sich nicht verschließen darf. Begrenzung nach oben muß in Zukunft der Grundgedanke sein, von dem die Einkommensentwicklung herleitet wird. Das heißt natürlich nicht Begrenzung des volkswirtschaftlichen Gesamtgewinnes, dessen Steigerung unter einer besseren Verteilung keineswegs zu leiden braucht. Aber Uebermäßigkeiten in der Einkommensverteilung müssen in Zukunft verhindert werden, d. h. wir müssen den Gedanken der Kriegsgewinnsteuer in den Frieden hinführen.

Neue Kapitalerhöhungen.

Die Zilsbergbauergesellschaft, die wie im Vorjahre 26 Proz. auf die Stammaktien und 6 Proz. auf die Vorzugsaktien bezichtigt wird, hat Aktienkapital um 5 Millionen Reichsmark und 2 1/2 Millionen Reichsmark Vorzugsaktien erhöhen, von denen die ersten zu 150, die letzteren zu 100 Proz. ausbezahlt werden. Kapital ist der Aufsicht der neuen Grube Grifa und die Vollerzeugung der daselbstigen Erzelektrofabrik. Da der Steuerkurs der alten Aktien mit 25 festgesetzt worden ist, wird den Aktionären ein ungemein wertvolles Bezugsrecht gewährt. Da sich diese Gesellschaft in glänzender geistlicher Verfassung befindet und seit Jahren zehntausende Rückstellungen gemacht hat, so erscheint es sehr zweifelhaft, ob es notwendig war, dem Kapitalmarkt Geld zu entziehen und der Aktienleihe Konkurrenz zu machen. Ebenso soll die Stropfungs-Aktiengesellschaft für Metallindustrie in Schlags, die ihre Dividenden im Jahre von 16 auf 25 Proz. hat steigern können, an eine Kapitalerhöhung mit einem für die Aktionäre besonders vorteilhaften Bezugsrechte denken.

Frauen-Leseabende.

Charlottenburg: Montag, den 26. März, abends Punkt 8 Uhr, im Volkshaus, Reichenstr. 4, vom 1. im Augenblicke.

Schöneberg: Montag, den 26. März, abends 8 Uhr, bei Lehmann, Sedanstr. 53. Genosse Stadtverordneter Rebspricht über 'Stadtkinder auf Land'.

Oberkreuzberg: Montag, den 26. März, abends 8 Uhr, bei Pabst, Poststr. 5. 'Spigenischer Vortrag'. Der Vorstand.

Allgemeine Familienherbette. Sonntag, den 25. März, 9 Uhr und Nachmittag von 3-6 Uhr in den Restaurants Gertrudstr. 12/13 und Sudower Str. 14.

Verantwortlich für Inhalt: Hermann Müller, Tempelhofer; für den obigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Reichenstr.; für Inserate: Th. Glöde, Berlin, Druck u. Verlag: Hermann Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW.

Siehe 3. Beilage.

A. WERTHEIM

In dieser Woche

Im Lichthof

Porzellan Glaswaren

Billiges weisses Porzellan

- Speiseteller tief, flach 28 Pf.
- Biotteller 22 Pf.
- Kompotteller 18 Pf.
- Kartoffelnäpfe mit Deckel 1.25
- Tunkeschalen 48 75 Pf.
- Suppenschüsseln mit Deckel 1.95
- Kompottschüsseln von 22 bis 85 Pf.
- Bratenschüsseln oval, von 38 Pf. bis 1.15
- Gemüseschüsseln rund 33 Pf.
- Kaffeekannen von 33 Pf. bis 1.15
- Teekannen 65 95 Pf. 1.15
- Milchtöpfe 6 bis 40 Pf.
- Tassen 9 u. 15 Pf.
- Zuckerdosen 8 u. 15 Pf.
- Kuchenteller 18 Pf.

Kaffeegeschirr mit Strublumen oder feines Randmuster

- Kaffeekannen 1.50 1.80
- Teekannen 1.90
- Milchtöpfe von 33 Pf. bis 1.05
- Zuckerdosen 75 Pf.
- Tassen 42 Pf. 48 Pf.
- Kuchenteller 55 Pf. 85 Pf.
- Brotkörbe 1.65
- Brotteller 33 Pf. 38 Pf.

- Waschgarnituren**
3.90 4.90 5.90
große Formen, moderne Dekorationen
9.75 12.00 15.50 18.00

Tafelgeschirr fein bemalt

- für 6 Pers. 30 teil. 26.00
- für 12 Pers. 60 teil. 47.00
- für 12 Pers. 77 teil. 65.00
- Tassen bunt bemalt 22 30 Pf.
- Satztöpfe bunt bemalt, 6 Stück 1.35

Feindekoriertes Porzellan zu sehr billigen Preisen

- als: Obstschalen 15 Pf.
- Deckelschüsseln 1.75
- Schüsseln oval 60 75 85 Pf.

- Kaffeekannen mit Goldrand 45 Pf. bis 1.55
- Teekannen mit Goldrand 1.10 1.30
- Milchtöpfe mit Goldrand 55 Pf.
- Tassen mit Goldrand 23 Pf.

Kaffeegeschirr „Adria“ blaues Bandmuster

- Kaffeekannen 1.40 1.55 2.40 Pf.
- Kannenuntersetzer 75 Pf.
- Kuchenteller 1.40
- Teekannen 1.40 1.70 2.45 Pf.
- Milchtöpfe von 45 bis 1.50 Pf.
- Tassen 65 85 Pf.
- Zuckerdosen 95 1.20 Pf.
- Milchtöpfe bunt bemalt 15 bis 55 Pf.
- Butterdosen 48 Pf.
- Salzgefäße 12 Pf.

Schwarzwälder Majolika Landschaft und Blumendekore, als: Vasen, Kannen, Tassen, Teller, Blumenschalen. Besonders preiswerte Figuren, Gruppen Meissener Art, Thüringer Porzellan.

Trinkgarnitur

- Rot- od. Rheinweingl. 42 Pf.
- Portweingläser 38 Pf.
- Likörgläser 32 Pf.
- Sektkelche 60 Pf.
- Biertulpen 50 Pf.
- Bierbecher 38 Pf.
- Selterbecher 38 Pf.

- Sturzflaschen mit Glas 48 Pf.
- Sturzflaschen m. Glas, Bordüre 75 Pf.
- Bierseidel 75 95 Pf. 1.05

- Kristall-Stangenvasen glatt und geschliffen von 65 Pf. bis 3.60
- Bierbecher in verschiedenen Formen und Größen 15 Pf.

Schleifglas

- Bierbecher 40 45 Pf.
- Wasserbecher 20 35 Pf.
- Weingläser 35 Pf.
- Wasserflaschen 1.20
- Weinflaschen 1.35

Kristall

- Rotweingläser 30 Pf.
- Champagner-Kelche 38 Pf.
- Wasserbecher 48 Pf.

Schleifen-Muster

- 42 Pf.
- 38 Pf.
- 32 Pf.
- 60 Pf.
- 50 Pf.
- 38 Pf.
- 38 Pf.

- 48 Pf.
- 75 Pf.
- 75 95 Pf. 1.05

- von 65 Pf. bis 3.60
- 15 Pf.

Pressglasgarnitur „Rhein“

- Butterdosen 45 Pf.
- Käseglocken 1.25
- Fruchtschalen 1.40
- Kuchenteller 50 65 85 Pf.
- Kompottschüsseln rund, von 15 bis 30 Pf. do. geschweift 3 U. bis 1.00
- Kompotteller 16 18 Pf.
- Blumenvasen 1.00 1.40
- Zuckerschalen 25 Pf.

Pressglasgarnitur „Nora“

- Kompottschüsseln von 16 bis 95 Pf.
- Kompotteller 16 Pf.
- Kuchenteller 50 80 95 Pf.
- Käseglocken 95 Pf.
- Zuckerschalen 25 33 Pf.

Konservengläser „Globus“

- breit von 70 Pf. bis 1.00
- schmal von 45 Pf. bis 80 Pf.

Einmachehafen v. 15 Pf. bis 1.70

- Geleegläser 9 12 13 Pf.
- Honiggläser m. Schrauben- 35 b. 55 Pf. deckel von
- Honiggläser ohne Deckel 11 Pf.
- Einkoch-App. „Frankonia“ 11.00

Durchbrochenes Steingutgeschirr zu ganz besonders billigen Preisen, als: Körbe, Schalen, Blumentöpfe, Teller

Aus Groß-Berlin.

Der tägliche Wucher.

Die Wollschaffler und die Feinwollschaffler haben sich um die Wette bemüht, dem Volke die überaus narkotischen, wollschmeckenden, billigen „Muscheln“ anzupreisen. Und dabei wurde immer wieder betont, daß sie geradezu unerlässlich seien. Aber siehe da: heute sind die Muscheln eine Seltenheit und kosten das Pfund 90 Pf. (in früheren Zeiten 2 Pfund 25 Pf.).

Inzwischen wird in Erwägung gezogen, vorzudrängen, in die Wege geleitet, Höchstpreise festzusetzen, womöglich eine Muschelzentrale zu gründen, die Verarbeitung zu fünfmal teureren Konserven u. m. v. vortreiben. Aber Muscheln gibt's nicht oder sie sind unerschwinglich.

Von einer Regelung, Verteilung, Preisbestimmung der Seefische hört und liest man seit langem. Aber Seefische gibt es nicht (außer in den Restaurants). Gibt es aber einmal welche auf dem Markte, so werden sie zu unerhörten Wucherpreisen verhandelt. Die Stinte kosten jetzt 1,60—1,80 das Pfund. Sind das Wucherpreise oder nicht?

Dasselbe gilt von den auch längst amtlich geregelten Eismaischen. Darf sie kosten 5 M. das Pfund.

Berliner Lebensmittelnachrichten.

In der Woche vom 26. März bis 1. April gibt es wieder drei Pfund Kartoffeln. Soweit ein Kartoffelarteninhaber seine drei Pfund Kartoffeln nicht zu erhalten vermag, kann er auf die sechs Abchnitte der Kartoffelarte zusammen 600 Gramm Gebäck entnehmen. Auf den Restabschnitt der Brotkarte darf auch in der folgenden Woche wiederum nur Gebäck entnommen werden. An Kohlraben dürfen wieder bis zu 3 Pfund auf den Abschnitt 50 der Lebensmittelkarte abgegeben werden.

Die bisherigen Kundenlisten für den Fleischbezug verlieren mit Ablauf des 15. April ihre Gültigkeit. Der vom 15. April ab Fleisch oder Fett beziehen will, muß vom 2. bis 7. April seine Eintragung in die neu aufgelegte Kundenliste bewirken. Die hierzu erforderlichen Karten der Fleischartenperiode vom 16. April 18. Mai werden Ende der Woche ausgegeben, so daß die Bevölkerung in der Lage ist, rechtzeitig ihre Anmeldungen bewirken zu können. Auch wer bei dem bisherigen Fleischer weiter kaufen will, muß die Neueintragung in der genannten Zeit bewirken. Wer diese Frist verläßt, hat bis auf weiteres keine Möglichkeit, Fleisch oder Fett zu beziehen.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die in Berlin wohnenden Personen sich nur bei einem Berliner Fleischer oder Fleischverläufer eintragen lassen können und nicht bei einem Fleischer der Nachbargemeinden. Umgekehrt dürfen Fleischer und Fleischverläufer keine Eintragungen von Personen aus den Nachbargemeinden bei sich vornehmen.

Die Frist für die Anmeldung auf den Bezug städtischer Säbner und Manichen ist die einschließlich Donnerstag, den 29. März, verlängert worden. Die Anmeldungen sind bekanntlich auf den Brotkommissionen vorzunehmen. Die zum Verkauf gelangenden Tiere dürfen nicht gewaltam aufgetaut werden. Am besten ist es, wenn die gefrorenen Tiere etwa eine Stunde lang in kaltem Wasser gelegt oder in einem ungeheizten Raume aufgetaut werden, bis die Auftauung erfolgt ist. Nach der Auftauung ist baldiges Zubereiten zu empfehlen.

Die Neuanmeldung für den Zuckerbezug muß bis zum 26. März einschließlich bewirkt sein. Die alten Kundenlisten verlieren mit dem Ablauf des 31. März ihre Gültigkeit.

Herabsetzung der Wehlpreise.

Der Arbeitsausschuß der Brotartengemeinschaft Groß-Berlin wird sich in den nächsten Tagen mit der infolge der höheren Ausmahlung des Proteins notwendig werdenden Herabsetzung des Brotes beschäftigen. Seit dem 1. März d. J. werden, wie bekannt, Weizen und Roggen nur noch zu mindestens 94 Proz. ausgemahlen. Bereits jetzt wird dieses hochausgemahlene Mehl neben dem alten, nur zu etwa 84 bis 85 Proz. ausgemahlene Mehl den Kommunalverbänden geliefert. Von Mitte April ist dagegen nur noch mit der Lieferung von 94prozentigem Mehl zu rechnen. Für dieses Mehl hat die Reichsgetreibebehörde die Preise wesentlich herabgesetzt und zwar für Roggenmehl von 32,50 M. auf 28,00 M. und für Weizenmehl von 33,75 M. auf 31,00 M. für den Doppelzentner. Eigentlich müßte, da bereits jetzt teilweise 94prozentiges Mehl vorhanden

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeicomant von Gabriela Sapozhko.

Aber Tagejew trug jenen Schrei mit sich. Kein Fluch hall, mit dem er ihn beäugen oder niederdrücken wollte. Er geste ungeachtet in seinen Ohren und raubte ihm die Geistesgegenwart, deren er bedurfte, um sich über seine Situation ganz klar zu werden.

Mit äußerster Willensanstrengung gelangte Tagejew aber zu einem Entschluß, den ihm nur eine gewissermaßen verzweifelte Lage eingeben konnte. Rämlich... jener Affatow, der sich auf der Grenze einfind, gerade als Aliski sie passieren sollte, schien ihm verdächtig. Wer weiß, was im Gouvernement beschlossen worden war. Tagejew, der die Aufdeckung der polnisch-patriotischen Propaganda selbständig unternommen hatte, um auf diese Weise die Gendarmen zu blamieren, stand jetzt an einem Kreuzweg. Wurde Aliski auf Tagejews Veranlassung verhaftet, so konnte Tagejew zu Ansehen gelangen, aber zugleich würde die Gendarmen aus Rache dafür, daß die Polizei in ihr Gebiet einschritt, ihr Vorgehen gegen Tagejew beschleunigen und an Aliski einen gefährlichen Zeugen haben. In Tagejew tobte ein furchtbarer Kampf, als er so auf der in Dunkel gehüllten Bank saß. Er fürchtete, daß Aliski mit der Gendarmen in Berührung käme; andererseits wollte er aber nicht die Gelegenheit verpassen, von der frisch entdeckten polnisch-patriotischen Propaganda Anzeige zu machen. Razjo war ihm schon ohnehin auf unbegreifliche Weise entwischt. Das hatte ihm Karfowski in diffrierter Depesche mitgeteilt und seine Meldung wiederholt, als der Zug, der Tagejew nach der Grenze brachte, das Städtchen passierte. Tagejew dachte vor Mut, als er diese Nachricht entgegennahm.

Wenn ihm nun noch Aliski als Beute einig, dachte er, so blieb das im Gefängnis eingeschlossene Mädchen als einzige nicht sehr ansehnliche Beute zurück. Dabei hatte Tagejew mit solcher Sicherheit einen außerordentlichen Fang verstanden. Die Entdeckung der für die Schuljugend hindergeschmuggelten Propagandaschriften konnte tatsächlich von großer Bedeutung sein.

Aber wie konnte er jetzt jener Broschüren habhaft werden und sich selbst dadurch retten?

wird, das Brot schon gegenwärtig etwas billiger sein. Da es sich aber ausschließlich um Uebergangsbewhältnisse handelt, wird die Neueintragung der Brotpreise erst zusammen mit der neuen Nationalierung beschlossen und in Kraft gesetzt werden.

Der Segen der Viehhändler.

Man sollte meinen, 200 Gramm Fleisch die Woche wäre nicht zu viel. Trotzdem bringt es die Gemeinde Wilmersdorf diese Woche wieder fertig, nur 200 Gramm zu liefern. Sie überläßt aber baldvoll die anderen 50 Gramm den Interimanten, damit sie sich dafür im Restaurant günstig tun können (wo bekanntlich die Portion Fleisch von 50 Gramm 2—3 M. kostet und niemand gegen den Käufer einschreitet). Dasselbe Stadt Wilmersdorf weigert sich auch, für die zur Hälfte gelieferten verdorbenen Kartoffeln Ersatz zu liefern — weder in Geld noch in Ware.

Vaterländischer Hilfsdienst.

Hilfsdienstpflichtige Kraftwagenfahrer mit Führerschein 2b wollen sich sofort bei ihrer örtlichen Hilfsdienstmeldestelle zur Bezeichnung im Hilfsdienst melden. Bei der Meldung ist anzugeben, ob Bezeichnung gewünscht wird: a) Im Clappent- und besetzten Gebiet, b) nur im Feldmarkgebiet, c) nur an einem bestimmten Ort und dessen nächster Umgebung. Gleichzeitig ist der Zeitpunkt anzugeben, an dem der Eintritt erfolgen kann.

Verte, die zurzeit nicht ausreichend beschäftigt sind, wollen sich unversichtlich beim Sanitätsamt des III. Armeekorps, Berlin, Königin-Augusta-Str. 21, oder, falls nur für Berlin Beschäftigung gewünscht wird, beim Sanitätsamt des Gardekorps, hinter dem Sieghause 3, schriftlich melden unter gleichzeitiger Bekanntgabe von Personalien, Militärverhältnis, Zeit und Art der letzten militärischen Verwendung, Sonderfach, Tätigkeit als beamteteter Soldat, Art der Praxis, Termin der Austrittsmöglichkeit, gewünschte Verwendung (Wohnort, Heimatsbezirk oder Gruppe).

Änderung des Sparverlasses.

Der Sparloß des Oberkommandos in den Marken hat durch eine am 2. April in Kraft tretende Nachtragsverordnung Änderungen erfahren. Zunächst ist die abzugestrichene Mindestgrenze mit Rücksicht auf die nicht geringen Kosten des Lebensunterhalts auf dreißig Mark für die Woche erhöht worden. Von diesem Betrag werden nunmehr auch kleinere Auszahlungen in der Regel befreit werden können, so daß es nicht jedesmal der Anrufung des Gemeindevorstandes bedarf. Ferner ist den Jugendlichen das Recht gegeben worden, nach vollendetem 18. Lebensjahr von der Sparkasse eine einmalige, schriftliche Auskunft über die Höhe ihres Guthabens zu fordern. Einlich sind über Abhebungen aus dem Sparguthaben für Jugendliche, die zum Heeresdienst einberufen werden, neue Bestimmungen getroffen. Gegen Vorlegung des Gesundheitsbescheides sind von der Sparkasse ohne weiteres einmalig bis zu fünfzig Mark auszahlbar; hierzu bedarf es keiner Genehmigung des Gemeindevorstandes (Vormundschaftsamt). In weiteren Auszahlungen nach der Einberufung in das Heer ist die schriftliche Zustimmung des Truppenleiters erforderlich und genügend.

Eine Bestandsaufnahme von Web-, Woll- und Strickwaren findet am 26. März statt. Zu melden sind Stoffe zu Kleidern und Wäsche, sowie Kleider und Wäsche aller Art, Schürzen, Tücher, Decken, Korsetts, Strümpfe, Taschentücher, Handschuhe usw. Die bei der ersten Bestandsaufnahme bereits gemeldeten und am Beginn des 26. März noch auf Lager befindlichen Bestände sind mitzumelden. Von der Meldepflicht ausgenommen sind alle durch behördliche Beschlagnahme beschlagnahmten Waren, sowie die im Gebrauch befindlichen Gegenstände und die Vorzüge. Die sich in den Haushaltungen befinden und deren gewerbmäßige Verwertung nicht in Aussicht genommen ist. Zur Meldung verpflichtet sind alle natürlichen und juristischen Personen, wirtschaftlichen Betriebe, Körperschaften und Verbände. Die Meldungen müssen auf amtlichen Meldebölgern erstattet werden, die beim Statistischen Amt der Stadt Berlin, Poststr. 16, abgeholt sind und bis spätestens bis zum 7. April ausgefüllt und unterzeichnet dort wieder einzureichen sind.

Ein jugendlicher Automatenplünderer. Der 16 Jahre alte Walter D. nahm in den Schwandwirtschaften Ausschilfsarbeiten an, um Gelegenheits zum Stehlen zu bekommen. Schon nach kurzer Zeit erbrach er die Gasautomaten und leerte sie, besonders die größeren Automaten, die nur mit Markfräden gefüllt werden. So erbeutete er in der Friedrichstraße auf einmal 150 M. Als er Freitag in der Friedrichstraße zum zweiten Male einen Versuch machte, wurde er ertappt und festgenommen. In seiner Wohnung fand die Kriminalpolizei auf dem Hängeboden versteckt auch noch eine silberne Goldtasche und andere Sachen, die er ebenfalls entwendet hatte. Die Eltern wußten nichts von seinem Leiden. Der Fursche, der ge-

händig ist, hatte ihnen regelmäßig seinen „Arbeitsverdienst“ abgegeben.

Ein Kind verbrannt. Die Feuerwehre wurde am Sonnabend nachmittags nach Friedenstr. 69 alarmiert. Dort brannte im Erdgeschoss die Wohnung der Frau Reimstein, die ihren fünfjährigen Sohn allein im Schlafzimmer zurückgelassen hatte, als sie einen notwendigen Gang machen mußte. Der Brand hatte bereits eine größere Ausdehnung erlangt und die Treppen konnten nicht mehr benutzt werden. Die Feuerwehre drang deshalb von außen durch die Fenster ein. Die Mannschaften fanden den Knaben im Bett liegend schon tot vor. Vermutlich ist das Kind erst erstickt und dann verbrannt.

Aus den Gemeinden.

Die Lichtenberger Stadtverordneten zum Lastenausgleich.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung begannen die Beratungen über den neuen Haushaltsplan, der in Einnahme und Ausgabe mit rund 32½ Millionen Mark balanciert. Zunächst die Haushaltskorrekturen an diesen Zahlen vorzunehmen, muß abgewartet werden. Mit Sicherheit kann jedoch heute schon festgestellt werden, daß der Haushaltsplan bei einem Steuerzuschlag von 160 Proz. zwar balanciert, daß aber mindestens 200 Proz. Zuschlag notwendig wären, wenn eine einigermaßen sichere Grundlosgeschaffen werden sollte. In der Beratung wurde dies auch von dem Redner der sozialdemokratischen Fraktion nachdrücklich hervorgehoben und besonders darauf hingewiesen, daß die frühere Finanzpolitik der Reichheit der Stadtverordnetenversammlung namentlich bei den städtischen Werken nennenswerte entfällt, billige Früchte zu tragen.

In der Hauptsache wurde jedoch die Debatte lehrerhaft von der Frage: Eingemeindung oder Lastenausgleich für Groß-Berlin? Der vürgerliche Stadtverordnete Justizrath Schachtel stellt einer Eingemeindung nicht unspontatisch gegenüber, will sie jedoch nicht um jeden Preis, sondern in der Auffassung, daß bestimmte Garantien für die städtischen Vororte gegeben werden müssen. Er zieht jedoch einen Lastenausgleich vor und verlangt, daß alles versucht werden müsse, um durch die gescheiterten Steuerperioden den Lastenausgleich herbeizuführen. Bei einer Eingemeindung um jeden Preis würden die städtischen Vororte wesentlich unter der Veranschlagung durch die Berliner Gemeinde leiden. Die Erfahrungen, die früher eingemeindete Bezirke Berlins nach dieser Richtung gemacht hätten, wären nicht verloschen. Er ist aber auch der Auffassung, daß dieser Lastenausgleich nicht bewirkt werden kann durch den Zwangsbeitrag, sondern nur durch eine Neuorganisation.

Von unserem Fraktionsredner John wurde grundsätzlich die Eingemeindung gefordert und nur, wenn keinerlei Aussicht vorhanden sei, die Eingemeindung durchzuführen, würde der Lastenausgleich anzustreben sein. Der Stadtverordnete Pionz redete ebenfalls in erster Linie der Eingemeindung das Wort.

Von Magistratsseite ergriff zu dieser Frage Oberbürgermeister Jochen das Wort. Er gab John darin recht, daß die Finanzpolitik darauf nicht beizubehalten ist und daß die Eingemeindung das radikalste Mittel zur Befestigung dieser unheimlichen Verhältnisse wäre. Die Eingemeindung in einem so großen Wirtschaftsgebiet, wie Groß-Berlin es darstellt, könnte nicht in dem Maße ihre inneren Angelegenheiten regeln, wie das bei alleinlebenden Gemeinden der Fall sei. Lichtenberg und überhaupt die städtischen Vororte hätten sich rasch entwickelt, seien stark von Arbeiterbevölkerung durchsetzt und mühten, um einen finanziellen Ausgleich herbeizuführen, einen Steuerzuschlag von 200 bis 250 Proz. erheben. Mit Rücksicht auf die übrigen Vororte und namentlich mit Rücksicht auf Berlin könne aber ein solcher Zuschlag nicht erhoben werden, da man damit die Bevölkerung und auch die Industrie von dem Ort abhalten und dadurch seine Entwicklung bedeutend hemmen würde. Die Eingemeindung erfordere umfangreiche gesetzgeberische Maßnahmen und er glaube nicht, daß Aussicht bestände, die Eingemeindung zu verwirklichen. Dagegen sei die Petition der städtischen Vororte betr. Lastenausgleich im Reichsrats Abgeordnetenhaus der Regierung zur Berücksichtigung überzissen worden. Er hoffe, daß sich ein Ausweg finden ließe, um die städtischen Vororte von den bedeutenden Lasten, die sie als ein Teil Groß-Berlins tragen müssen, zu entlasten. Die allgemeine Stimmung darf wohl dahingehend eingeschätzt werden, daß man der Eingemeindung durchaus sympathisch gegenübersteht, und nur bei der Unmöglichkeit, ein einheitliches Groß-Berlin zu schaffen, den Lastenausgleich als das kleinere Übel in Kauf nehmen würde.

Der Haushaltsplan wurde schließlich einem fünfzehngliedrigen Ausschuß überwiesen, dem u. a. die Herren A. Becker, Günther, John, Lubowig, Wirus und Wöhe angehören.

Vor der Stadtberatung wurde einer dringlichen Magistratsvorlage einstimmig zugestimmt, wonach während der Sommermonate

„Wohin?“
„Jrgendwo, wo wir ungeführt sind. Ich werde Sie nicht lange aufhalten. Ihre Sachen nehmen Sie mit. Haben Sie noch großes Gepäd?“

„Nein!“
„Gut!... Dann folgen Sie mir, bitte!“

Unwillkürlich folgte Aliski dem Polizeimeister. Mit festem Griff hielt er die Handtasche, in deren Doppelboden die für Razjo bestimmte Sendung verborgen war.

„Jetzt fängt an!“ dachte er, auf alles vorbereitet. Fieberhafte Erregung erfaßte ihn, aber zugleich auch das Gefühl unfagbaren Glücks, daß er den Boden des ihm lieb gewordenen Landes betreten durfte.

Tagejew hielt erst an, als sie sich auf freiem Felde befanden.

„Nur zwei Worte,“ begann er, „ich meine es mit Ihnen wirklich gut, Herr Aliski. Sie müssen mich nur verstehen und auf meine Absichten eingehen.“

Aliski stand vor ihm, die Tasche immer noch in der Hand, aber sie konnten ihre Gesichter im Dunkeln nicht sehen.

„Ich höre!“ erwiderte Aliski.
Nach kurzem Schweigen ertönte plötzlich Tagejews Stimme.

„Sie haben polnisch-patriotische Propagandaschriften bei sich!“

Aliski fuhr zurück.

„Sind Sie von Sinnen?“

„Nein! Ich bin bei vollem Verstand!“ erwiderte Tagejew mit fester Stimme. „Ich könnte Ihnen manche Einzelheiten mitteilen. Aber ich will Ihnen nur das sagen: Ich bin nicht der einzige, der von Ihrer Sendung weiß. Für meine Pläne bedarf ich eines Beweises, Sie aber können aus dieser Gelegenheit ganz gefahrlos freikommen. Geben Sie mir jene Dokumente und reisen Sie nach Krakau zurück, aber mit Ihrem Ehrenwort, daß Sie nie wiederkommen.“

Er hielt einen Augenblick inne, als warte er auf Aliskis Antwort. Als dieser schweigend fuhr er fort:

„Nicht eins! Sie müssen gegen mich ebenso handeln, wie ich gegen Sie... Sie dürfen mir niemals schaden. Das ist es, was ich von Ihnen wollte.“

(Fortf. folgt.)

In seiner fieberhaften Erregung sah Tagejew den Entschluß, sich mit Aliski zu verständigen. In einer ruhigeren Verfassung wäre ihm dieser Plan sicherlich als verfehlt erschienen, jetzt sah er in ihm den einzig möglichen Ausweg.

In der Ferne dröhnte es wie dumpfer Donner. Der Stationsstelegraph summt dünn und hell. Hier und dort begannen auf dem Perron die Laternen der Gendarmen aufzutanken. Ein Weichensteller kam von irgendwo herbeigeeilt und schwang seine Laterne, die feurige Bogen in der Luft beschrieb.

Der Zug kam heran.

Tagejew drückte sich in die Ecke der Bank.

Alles hing jetzt davon ab, ob es ihm gelingen würde, Aliski unbemerkt abzufassen und sich mit ihm vor der Revision zu verständigen. Tagejew spähte aufmerksam, ob Affatow oder Hordyj nicht auf dem Perron erschienen. Aber keiner von ihnen zeigte sich. Auf dem Perron wurde es lebhafter. Ratternd, pfeifend und lärmend fuhr endlich der Zug ein. Wie eine plötzlich aufgerollte Schlange blieb er, die Räder in den Schienen eingehöhrt, regungslos stehen. Einige Gendarmen in langen Uniformröcken bestiegen das Trittbrett und verschwand hinter den Türen.

Tagejew suchte mit forschendem Auge den Zug ab. In einem der Waggons bemerkte er schließlich Aliski. Ohne darauf zu achten, was um ihn her geschah, ging er gerade auf ihn zu.

Aliski stieg gerade aus dem Abteil, eine Reisetasche in der Hand.

Tagejew trat vor ihn hin.

„Sind Sie Herr Aliski?“

Der junge Mann sah ihn erstaunt und heimtückig an.

„Erlauben Sie für einen Augenblick!“ versetzte Tagejew.

„Haben Sie mir etwas zu sagen?“

„Ja, unter vier Augen!“

„Ist das unbedingt notwendig?“

Tagejew nahm eine gebückte Haltung ein.

„In Ihrem Interesse und im Interesse anderer.“

Aliski sah ihn immer bestürzter und verlegener an.

„Vielleicht irren Sie?“ sagte er schließlich und bemühte sich, mit sicherer Stimme zu sprechen.

„Nein!“ beharrte Tagejew, „ich warte auf Sie! Lassen Sie uns gehen!“

Schulkind auf Land geschickt werden sollen. Des Weiteren wurde die Einrichtung eines Kinderheims genehmigt, in dem die Kinder von 2 1/2 Jahren aufwärts untergebracht werden sollen. Bei dieser Vorlage wurde lebhaft bedauert, daß noch keinerlei Vorarbeiten erledigt wurden, um auch für die kleineren Kinder Aufenthaltsräume zu schaffen. Von Magistratsseite wurde erwidert, daß die kleinen Kinder zweckmäßiger in Privatpflegestellen gegeben würden. Die Abrechnung über den Neubau des Gaswerks, die schon wiederholte Anfragen und heftige Angriffe hervorgerufen hat, wurde in die geheime Sitzung verwiesen.

Verteilung von Brotaustrieb in Schöneberg. Der Magistrat stellt auf Abschnitt 90 der Lebensmittelkarte dreiviertel Pfund Kunstbrot oder Kriegsmehl. Die Anmeldung beim Kleinhändler findet vom Montag, den 26. März, bis Mittwoch, den 28. März, einschließlich statt. Spätere Anmeldungen können nicht berücksichtigt werden.

Lebensmittel für Kinder in Wilmersdorf. Für Kinder im Alter von über 6-16 Jahren kommen in Wilmersdorf demnächst je

1/2 Pfund Schokoladenpulver und je 1 Dose Kondensierte Milch bzw. 1 Dose Milchpulver zur Abgabe, und zwar erhalten Kinder von 6-9 Jahren 1 Dose kondensierte Vollmilch, Kinder von 9-14 Jahren 1 Dose Magermilch, Kinder von 14-16 Jahren 1 Dose Milchpulver. Die Abgabe der bezeichneten Waren erfolgt nur gegen vorangegangene Anmeldung. Die Vorzüge dazu werden den Haushaltungsvorständen vom 26.-28. März durch die zuständigen Brotkommissionen ausgeteilt. Die Berechtigung zum Empfang ist durch Vorlegung zweideutiger Urkunden nachzuweisen. Die Anmeldung beim Händler hat spätestens bis 20. d. M. zu erfolgen. **Grieß- und Graupenverkauf in Reinickendorf.** Die Gemeinde verteilt durch die Kleinhändler und die Konsumgenossenschaft vom 20. März ab je 125 Gramm Weizengries und Graupen zum Preise von 7 und 11 Pf. Die Verteilung hat bis Montag, den 28. März, durch Abgabe der Abschnitt 90 und 40 der Lebensmittelkarte zu erfolgen.

Eine Märchenvorlesung veranstaltet der Bildungsausschuß Reinickendorf am Sonntagmittag um 4 Uhr im Restaurant Sabau, Reichenstraße 124.

Groß-Berliner Parteinachrichten.
Steglich. Von Dienstag, den 27. März ab, befindet sich die Expedition des „Vorwärts“ Rummelstraße 30.
Die Hauptredaktion.

Aus aller Welt.

Explosionen in französischen Militärbetrieben.
Paris, 24. März. „Progrès de Lyon“ meldet aus Lyon: In der phosgenischen Marinestoffabrik fanden zwei Explosionen statt. Mehrere Personen wurden schwer verletzt.
Nach Unterzeichnung von 115 000 Mark ist aus Weierfeld flüchtig der angelegte Diplomingenieur Wolf v. Hagen, 5. April 1886 in Köln geboren. Er hat am 14. März 1917 das Feld von dem Farmer Verband in Köln für die Firma Frantonia abgeholt und ist damit verschwunden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85.
Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 155, 1239, 1267, 9714.

Montag, den 26. März 1917, abends 6 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engelfufer 15:
Versammlung
aller in
**Metallgießereien beschäftigten
Former und Berufsgenossen.**
Tagesordnung:
1. Wie sieht es in unserer Branche aus?
2. Berufs- und Branchenangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Die Kollegen unserer Branche, die auf Zinkhändler und in anderen Berufen arbeiten, werden ersucht, ebenfalls zu erscheinen.
Montag, den 26. März 1917, abends 8 Uhr,
im Lokal von Fern, Spandau, Kurstraße 21:

Versammlung
sämtlicher Kolleginnen und
Kollegen des Spandauer Bezirks
Die Tagesordnung
wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.
Mitgliedsbuch legitimiert!
Das Spandauer Zweigbureau befindet sich Wädricher Platz 2
parterre, und ist während des Krieges jeden Werktag vor-
mittags zwischen 7 1/2-9 1/2 Uhr geöffnet. — Die Bibliothek
ist außerdem jeden Montag, Donnerstag und Sonnabend
abends zwischen 5 1/2-7 Uhr geöffnet.

Dienstag, den 27. März 1917, abends 8 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engelfufer 15, Saal 1:
Versammlung

der
Mechaniker, Uhrmacher, Optiker
sowie der in mechanischen Betrieben beschäftigten
Kolleginnen und Kollegen.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Umbreit über „Ernährungsfragen“.
2. Diskussion. 3. Berufs- und Branchenangelegenheiten.
Kolleginnen und Kollegen! Unter Hinweis auf die äußerst
interessante Tagesordnung ersuchen wir, für einen guten
Besuch der Versammlung zu sorgen. Die Versammlung wird
pünktlich eröffnet.
Das Mitgliedsbuch ist unbedingt vorzuzeigen.

Achtung!
Dienstag, den 27. März 1917, abends 6 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engelfufer 15, Saal 1:

Versammlung
der Metalldrücker Groß-Berlins
Tagesordnung:
1. Sitzbericht, unter Arbeitsüberblick und unsere Arbeitsmöglichkeit.
2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Kollegen ist unbedingte Pflicht.
132/8 Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands
Verwaltung Groß-Berlin.
Gefallen sind folgende Mitglieder:
Emil Kaufmann, Bezirk Norden
Gustav Knappe, " "
Hermann Swoboda, " "
Adolf Zacher, " "
Franz Nitkowski, " Neutölln
Karl Lehnert, " "
Otto Jakob, " Schönhauser Vorstadt
Richard Huse, " Köpenick
Paul Schulz, " Weißensee
Otto Knorr, " Oberschöneweide
Karl Enslin, " Osten
Ehre ihrem Andenken!
132/9 Die Ortsverwaltung.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
Ortsverwaltung Berlin.

Dem Andenken unserer im Felde gefallenen
und verstorbenen Kollegen gewidmet,
Bensch, Oskar, Dreher,
geb. 14. 2. 78 in Sud.
Blasee, Wilhelm, Schlosser,
geb. 3. 11. 86 in Gellen.
Eckert, Wilhelm, Mechaniker,
geb. 17. 2. 05 in Berlin.
Fookin, Max, Mechaniker,
geb. 4. 9. 87 in Berlin.
Gramsdorf, Hugo, Galvaniseur,
geb. 6. 6. 76 in Berlin.
Grützmaker, Bruno, Drücker,
geb. 6. 12. 95 in Berlin.
Kossak, Artur, Klempner,
geb. 11. 5. 85 in Berlin.
Krause, Emil, Schlosser,
geb. 3. 7. 86 in Gr.-Schönebeck.
Kutzner, Bernhard, Revolverdreher,
geb. 1. 3. 62 in Berlin.
Kühn, Erich, Schlosser,
geb. 29. 3. 97 in Bieschke.
Laße, Alfred, Dreher,
geb. 20. 1. 85 in Berlin.
Monquibert, Heinrich, Monteur,
geb. 27. 1. 77 in Wittendörge.
Müller, Albert, Former,
geb. 27. 5. 78 in Wäggensberg.
Orzepowski, Johann, Former,
geb. 14. 9. 83 in Neuforwerk.
Reckzeh, Paul, Werkzeugmacher,
geb. 17. 2. 74 in Berlin.
Schulz, Paul, Dreher,
geb. 1. 11. 88 in Berlin.
Straßer, Joseph, Arbeiter,
geb. 13. 8. 78 in Wels (Österreich).
Ehre ihrem Andenken!
132/9 Die Ortsverwaltung.

Am 15. März 1917 verstarb im
Lazarett zu Magdeburg unser
lieber Kollege und langjähriger
Vertrauensmann, der Dreher
Kurt Scharlemann
an seiner am 23. Oktober 1916
erlittenen Verwundung.
Ein ehrendes Andenken be-
wahren ihm 419
Die Kollegen
der Firma Bergmann,
Abteilung Schraubenfabrik,
Dronkheimer Straße.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Treptow-Baumschulweg.
Als Opfer des Weltkrieges fiel
am 10. März 1917 durch Brust-
schuß unser Genosse, der Holz-
arbeiter
Julius Hering
Grachstraße 7
im 39. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
100/5 Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Folgende Kollegen sind im Felde gefallen:
Otto Arndt, Industriearbeiter.
Josef Czienczoll, Geschäftskutscher.
Max Dahse, Geschäftsdienner.
Albert Fischer, Geschäftskutscher.
August Gerth, Droßkenschaufer.
Karl Hacker, Lagerarbeiter.
Benno Helpap, Arbeitskutscher.
Paul Hinz, Industriearbeiter.
Wilhelm Jänsch, Industriearbeiter.
Otto Küster, Geschäftsdienner.
Wilhelm Lorenz, Droßkenschaufer.
Richard Ostwald, Fensterputzer.
Karl Palm, Bierfahrer.
Wilhelm Tretbar, Rollkutscher.
Ehre ihrem Andenken!
12/19 Die Bezirksleitung.

Volks-
Feuerbestattungs-
Verein Groß-Berlin
1917
Die Beerdigung unseres ver-
storbenen Mitgliedes Frau
Luise Friedrich
Berlin, Brandenburger Allee 93
findet Dienstag, den 27. März,
nachmittags 11 Uhr, im Berliner
Krematorium, Gerichtstraße 37,
statt. 290/11
Ehre ihrem Andenken!

Deutscher Buchbinderverband.
(Zahlstelle Berlin.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Stul-
arbeiter
Otto Henke
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Dienstag,
den 27. März, nachmittags 3 Uhr,
von der Halle des Zentral-Fried-
hofes in Friedrichsfelde aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Drehschleif-
führer
Friedrich Neumann
von der Firma Vobell, Berlin,
Köpenicker Straße, am 22. März
im Alter von 64 Jahren ver-
storben ist.
Die Beerdigung findet am
Montag, den 26. März, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes,
Reutlin, Hermannstr. 126, aus
statt.
Nachruf.
Den Mitgliedern seiner zur
Nachricht, daß unser Kollege, der
Geschäftskutscher
Joseph Teichert
am 14. März im Alter von
61 Jahren verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Bezirksverwaltung

Als Opfer dieses Weltkrieges
fiel am 17. Februar 1917 im
Lazarett an seinem am 14. 2. 17
heim Vollenleben erlittenen
schweren Verwundungen mein
innig geliebter Mann, unser ein-
ziger guter Sohn, der Land-
knecht
Otto Pohl
Inhaber des Eisernen Kreuzes
nach neunzehnmaligen schweren
Kämpfen im Alter von 38 Jahren.
Dies zeigen an im tiefsten Schmerz
Anni Pohl geb. Kühnappel,
Schillingenstr. 7,
nebst Eltern,
Wilhelm und Emilia Pohl,
Kreuzfelder Str. 19,
und Familie Boje.
Berlin, den 24. März 1917.
Wenn Liebe könnte Wunder tun,
Und Tote auferwecken,
So würde Dich in Heimeland,
Nicht die kühle Erde decken.
Gediebt, beweint und unvergessen,
Unvergessen den Deinen. 836

Joseph Teichert
am 14. März im Alter von
61 Jahren verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Bezirksverwaltung

Als Opfer dieses Weltkrieges
fiel am 17. Februar 1917 im
Lazarett an seinem am 14. 2. 17
heim Vollenleben erlittenen
schweren Verwundungen mein
innig geliebter Mann, unser ein-
ziger guter Sohn, der Land-
knecht
Otto Pohl
Inhaber des Eisernen Kreuzes
nach neunzehnmaligen schweren
Kämpfen im Alter von 38 Jahren.
Dies zeigen an im tiefsten Schmerz
Anni Pohl geb. Kühnappel,
Schillingenstr. 7,
nebst Eltern,
Wilhelm und Emilia Pohl,
Kreuzfelder Str. 19,
und Familie Boje.
Berlin, den 24. März 1917.
Wenn Liebe könnte Wunder tun,
Und Tote auferwecken,
So würde Dich in Heimeland,
Nicht die kühle Erde decken.
Gediebt, beweint und unvergessen,
Unvergessen den Deinen. 836

In namenlosem Schmerz be-
trauert wir den uns unerwarteten
Verlust unseres lieben Sohnes,
des Knabens
Wilhelm Eckert.
Mit noch drei Amonaten hat
er eine Granate jäh aus blühendem
Leben gerissen. Mit ihm hat
uns der Krieg das Beste ge-
nommen, unsere Stolz, unsere
Zukunft. Er mußte sein Leben
opfern, wo die Welt geknechtet
war voller Jugendhoffnung im
eben vollendeten 22. Lebensjahre.
Die kriegsgewaltigen Eltern
Aug. Eckert und Frau.
Berlin-Tempelhof,
den 25. März 1917. 20768

Zentralverband der Steinarbeiter
Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nach-
richt, daß unser Kollege, der
Steinmetz
Karl Miethe
am 21. März 1917 verstorben ist.
Die Beerdigung findet morgen
Montag, den 26. März 1917,
nachmittags 3 Uhr, von der
Leichenhalle des Friedhofes, Rum-
melstraße, Pöhlstraße, aus statt.
Im reger Beteiligung erucht
171/19 Die Ortsverwaltung.

Verband der Lithographen,
Steindrucker u. verwandten Berufe
(Deutscher Senefelder-Bund).
Nachruf.
Unseren Mitgliedern geben wir
hierdurch bekannt, daß der Kollege,
Lehrer
Karl Maraschek
nach kurzem Krankenlager am
19. März an Brustleiden und
Lebensschwäche im Alter von
55 Jahren verstorben ist.
Ein ehrendes Andenken ist ihm
gewidmet.
109/17 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden, Bekannten und
Kollegen die beifragliche Nach-
richt, daß mein herzensguter
Mann und der treuherzige Vater
meiner Kinder
Robert Kettner
im Alter von 40 Jahren am
23. März, halb 9 1/2 Uhr, den
Folgen einer schweren Lungen-
entzündung erlegen ist.
Im tiefsten Schmerz um diese
Teilnahme bittend
Frau Ida Kettner und Kinder.
Die Beerdigung findet am
Montag, den 26. März, mittags
12 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt. 20756

Am 21. März 1917, nachmittags
3 1/2 Uhr, verschied sanft nach
langen, schweren Leiden mein
lieber Mann und guter Vater,
der Steinmetz
Karl Miethe
im 49. Lebensjahre.
Dies zeigt tiefbetrübt an
Lichtenberg, den 24. März 1917.
Frau Ida Miethe nebst Tochter.
Die Beerdigung findet am
Montag den 26. d. M., nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Gemeindefriedhofes,
Pöhlstraße, aus statt. 149

Nachruf.
Fern von seinem Lieben fiel am
9. Januar 1917 als Opfer des
Weltkrieges mein lieber Mann,
unserer Kinder treuherziger
Vater, der Tischlermeister
Karl Strietzel
Inhab. d. Eisernen Kreuzes II. Kl.
Wenn Liebe könnte Wunder tun,
Und Tränen Tote weiden,
Dann würde Dich, mein lieber
Mann,
Nicht kühle Erde decken!
Im tiefen Schmerz
Anna Strietzel nebst Kindern
Ein-Neudän, Seligower Str. 27.
Lieber Papa, schlafe in Ruh,
Uns're Liebe deckt Dich zu.
Deine drei Lieblinge
20806 Karl, Anna, Elfe.

Arbeiter-
Radfahrer - Bund
„Solidarität“.
Mitgliedsschaft: Neutölln.
Als gebornes Opfer dieses Welt-
krieges fiel am 4. Februar 1917
unser treues Mitglied
Paul Reckzeh.
Ehre seinem Andenken!
2/19 Die Ortsverwaltung.

Heines Werke
3 Bände 5 Mark
Buchhandlung Vorwärts

A. Jandorf & Co

Belle-Alliance-Strasse Gr. Frankfurter Strasse Brunnen-Strasse Kottbuser Damm Wilmersdorfer Strasse

Damen-Strümpfe

Damenstrümpfe lang, schwarz mit doppelter Ferse und Spitze 1.95, 2.25, 2.45
Damenstrümpfe lang, dünnes Gewebe, mit verstärkter Ferse und Sohle, breitem Doppelrand, schwarz .. 2.25, 2.75, 2.95
Damenstrümpfe lang, ganz oder halbdurchbrochen, schwarz 1.10, 1.45, 1.95

Damenstrümpfe lang, sehr feines Gewebe mit breitem Doppelrand, verstärkter Ferse und Sohle, schwarz ... 3.45, 3.75, 3.95
Damenstrümpfe lang, Flor, seidartig, sehr starkes Gewebe, mit doppelter Ferse und Sohle, schwarz .. 2.95, 3.25
Damenstrümpfe lang, Reine Seide, schwarz 3.45, 4.95

Damenstrümpfe lang, Seide mit Florrand und Sohle, schwarz 2.75
Ersatzfüsse für Damenstrümpfe schwarz 85, 95, 1.25
Herren-Socken grau meliert, Fuss ohne Naht 65, 1.10, 1.45
Herren-Socken schwarz oder ledertartig 65, 85, 1.45



Grosser Breton
Strohborde, kunstseidene Unterkränze u. Beerenranke **12.75**



Strohkappe handgenüht **8.75**



Frauenhut aus Strohborde und Kunstseide verarbeitet ... **7.90**



Moderne Schute aus Borde, handgenüht mit Agaffe **13.75**

Gardinen - Möbelstoffe

Künstler-Gardinen 2 Flügel, 1 Querbehang 15.75, 19.75, 24.50
Tüllstores 12.75, 14.50, 16.75
Erbstüllstores 14.50, 19.75, 22.50
Halbstores 13.75, 17.50, 19.75

Tüll-Bettdecken 7.95, 10.75, 14.75
Tüll-Bettdecken über 2 Betten 19.75, 24.50, 29.50
Erbstüll-Bettdecken mit Ansatz 10.75, 13.50, 16.75
Erbstüll-Bettdecken über 2 Betten mit Ansatz 24.50, 29.75, 34.50

Divandeen Fantasiegewebe 9.75, 12.50, 15.75
Tischdecken Fantasiegewebe 6.75, 9.50, 12.75
Filztuchtschdecken 5.95, 7.50, 10.75
Plüschtschdecken ... 19.75, 24.50, 29.75

Im **SUDEN:** Kottbuser Damm 103
 Im **OSTEN:** Frankfurter Allee 350
 Im **WESTEN:** Charlottenbg. Scharren-Str. 5
 Im **NORDEN:** Brunnenstr. 1

**B
FEDER**

gegen Bar und auf Kredit unter günstigsten Zahlungsbedingungen

Einzel-Möbel • Polsterwaren
sowie
vollständige Wohnungs-Einrichtungen
Spelzezimmer, Herronzimmer
Schlafzimmer, Salons
Farbige Küchen • Weisal. Schlafzimmer
Dielen- und Korridor-Möbel

Fachgemässe Bedienung & Prompte Lieferung

GARBÁTY
CIGARETTEN

IN ALTER
"QUALITÄT"

KRONEN-BÜCHER
Romane
anerkannter Autoren

KRONEN VERLAG
G.M.B.H.
BERLIN

Spezialarzt Lungen

Dr. med. Coleman
1. Geschlechtskrankh., Haut-, Hals-, Frauenleid., nerv. Schwäche, Bein-
krankh., Ehrlich-Hata-Kuren
(Dauer 12 Tage). Behandlung
schnell, sicher u. schmerzlos
ob. Berufstbr. Dr. Homeyer
& Co. kons. Labor. f. Blut-
unters., Fäden im Harn usw.
Friedrichstr. 81, gegenüber
Königstr. 34-38, Ecke Neuo-
Friedrichstr.
Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
— Separats Damenzimmer. —

und Halskranken. Verlangen
Sie kostenl. Prospekt über
bewährte Heilmethode ohne
Berufsstörung. Sanitätsrat
Dr. Weises Ambulatorium,
Berlin 116, Zimmerstr. 96.

Münzen
kauft Hall, Münzenhdg., Berlin
Wilhelmstr. 46/47. 19 20

**Strahlendorff's
Handelsakademie**

Berlin, Benckstraße 11, am Spittelmarkt, Zentrum 1750.
Am 3. April beginnen Viertel-, Halbjahres- u. Jahreskurse, für Jüngere
und Ältere Damen und Herren getrennt, zur Ausbildung für das Kontor.
Besondere Kurse für Damen mit Töchterschul- und Lyzeumabteilung.
Ausführliche Lehrpläne kostenlos.

Kranzspenden
solche sämtliche
Blumenarrangements
Hofst. (auch) und Hilly Paul
Gross, Lindenstr. 69, Tel. 361. 7290

Kaninchen knufft
abgegeben: 8.50
Von Fell, ausgenommen: 3.-
Ausgeschlachtete Stiegen: 3.50
Pflauser 21.
Tasche, Godebata Galleher Ter.

Jogal rath und sicher wirkend bei:
Gicht, Rheuma, Ischias, Hexenschuß, Nerven- und Kopfschmerzen

Herst. glänzend begünstigt. — Hundert
aus Amerikanern. Ein Versuch überzeugt. Jogal-Tabletten
sind in allen Apotheken erhältlich. Preis 300. 1.40 u. 300. 3.50.